



medico international

rundschreiben
04|07

www.medico.de

Nicaragua

*El Vikingo –
stures Beharren*

Westafrika

*Die Verdamnten
der Globalisierung*

Israel / Palästina

*Land der
vielen Grenzen*



Herausgeber:
medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main
Tel. (069) 944 38-0
Fax (069) 436002
E-Mail: info@medico.de
Internet: www.medico.de

Redaktion:
Katja Maurer (verantwortl.),
Thomas Gebauer,
Martin Glasenapp

Lektorat:
Reinhard Arendt

Gestaltung:
Andrea Schuldt

Spendenkonto: 1800
Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01

Deutsches
Zentralinstitut
für soziale
Fragen/DZI



DZI Spenden-Siegel:
Geprüft • Empfohlen

ISSN 0949-0876

- 3 Editorial**
- 4 Kommentar**
Der Griff zur Notbremse
- 6 Nicaragua**
El Vikingo
- 12 projekte – projektionen**
- 14 Südafrika**
Späte Gerechtigkeit?
- 16 medico international wird 40!**
- 18 Westafrika**
Die Verdammten der Globalisierung
- 24 medico aktiv**
- 26 Israel / Palästina**
Land der vielen Grenzen
- 30 medico-Materialien**
- 30 Hinweise**

Titelbild: Die „Tür ohne Wiederkehr“ auf der ehemaligen Sklaveninsel Gorée vor Dakar (Senegal). Eine Öffnung in der Mauer, im Maison des Esclaves, durch die ungezählte Sklaven auf die Schiffe gestoßen wurden. Von hier starteten zwischen dem 17. und dem beginnenden 19. Jahrhundert die Schiffe mit ihrer Menschenfracht nach Südamerika und in die Karibik.

Foto: medico



Liebe Leserinnen und Leser,

beim Betrachten dieses Heftes wurde uns im Nachhinein klar, dass die Beschäftigung mit unserer eigenen Geschichte bereits ihren Niederschlag gefunden hat. medico international begeht 2008 den 40. Jahrestag des eigenen Bestehens. Seit Wochen planen, diskutieren und reflektieren wir dieses Datum, das unsere Arbeit im nächsten Jahr prägen wird. Es ist ein Anlass, die eigene Erfahrung im Lichte des Heute neu zu denken und sich die Brüche zu vergegenwärtigen.

Dass nun Walter Schütz, einer der Kollegen, der die medico-Projektarbeit über Jahrzehnte gestaltet hat, ab 1. Januar in den Ruhestand geht, war Ausgangspunkt für eine Betrachtung von Gegenwart und Geschichte unseres Engagements. Sie werden es lesen: Es ist eine Reise in die Vergangenheit und die Aktualität von politischem Handeln geworden. Eine lange Etappe von 40 Jahren medico wird darin sichtbar und es konkretisiert sich ein zentrales Thema unserer Debatten: Wie kann sich ein Verständnis von Hilfe, das auf nachhaltige Veränderungen, selbstbestimmtes Handeln und menschenrechtliches Denken setzt, gegen einen technokratischen Pragmatismus behaupten, der Hilfe auf ein effizientes Abwickeln von Mitteln reduziert? Gerade in Nicaragua von aktueller Brisanz, wo der neue Präsident Ortega statt Politik einen omnipräsenten Personenkult in rosa getönten Billboards betreibt. Von dem Ziel grundlegender sozialer Veränderungen, die allen ein besseres Leben ermöglichen sollten, ist bei dem Post-Sandinisten nur noch der Wunsch nach persönlicher Machtsicherung geblieben. In der Projektlandschaft Nicaraguas, in der lebendigen und selbstbewussten Zivilgesellschaft allerdings spiegelt sich die Erfahrung, einmal einen sozialen Wandel mitgestaltet zu haben. Unsere Reportage über die Erfahrungen unseres langjährigen Kollegen Walter Schütz ist daher auch mehr als nur eine verdiente Würdigung und Dank an seine Arbeit und an seinen Einsatz für medico.

Sich Erinnern ist eine programmatische Beschäftigung mit der Zukunft. Gerade die tradi-

tionsreiche Verwurzelung von medico in Mittelamerika hat uns dazu bewogen, auch künftig einen Repräsentanten vor Ort zu beschäftigen. Dieter Müller wird nach vielen Jahren in der medico-Zentrale und einer kontinuierlichen Beschäftigung mit der Situation in Süd- und Mittelamerika Walter Schütz nachfolgen. Das, was bleibt, und das, was er an anderen Impulsen einbringen wird, werden Sie zeitnah und authentisch im rundsprechen wieder finden.

Um Zukunftsstrategien geht es auch in den beiden anderen zentralen Texten dieser Ausgabe. Martin Glasenapp berichtet von einer Projektfindungsreise in Transit-Räume der „Verdammten der Globalisierung“, wie er die Migranten aus Schwarzafrika nennt. Sie sind die verwegenen Brückenbauer aus den marginalisierten Armutszonen, von deren Dasein die todesmutige Verzweiflung der Flüchtenden kündigt. Die Armutszonen-Vergessenheit Europas paart sich mit der Besatzungsvergessenheit, die Tsafirir Cohen für die israelische Gesellschaft konstatiert. medico und sein neuer Repräsentant für Israel und Palästina haben sich deshalb vorgenommen, an der Schnittstelle zwischen Projektförderung, konkreter Hilfe und Aufklärung zu arbeiten.

Immer deutlicher wird, dass in diesem Zusammengehen von Aufklärung, politischer Intervention und Hilfe das eigentliche Projektgeschehen liegt. Deshalb haben wir es in diesem Heft gewagt, auf Ihr Vertrauen in unsere Arbeit und in unsere Kompetenz zu setzen. Wir haben die länder- und projektbezogenen Stichwörter am Ende der Texte ganz bewusst weggelassen. Wir bitten Sie um eine Spende für die medico-Arbeit insgesamt. Selbstverständlich steht es Ihnen frei für die konkrete länderbezogene Arbeit zu spenden. Die Projektstichwörter in diesem Heft dafür lauten: Nicaragua, Guatemala, Mexiko, Bangladesh, Südafrika, Migration, Israel – Palästina.

Ihre Katja Maurer



Der Griff zur Notbremse

Über die messianische Kraft

Von Thomas Gebauer

kommentar

Auf breiter Front hat die drohende Klimakatastrophe die Öffentlichkeit erfasst. Längst sind es nicht mehr nur Wissenschaftler und Umweltaktivisten, die Alarm schlagen. Mit Hollywood, Al Gore, der Kanzlerin haben sich nun gewichtige Akteure der Sache angenommen, und zuletzt waren sogar in der US-Politik Zeichen eines Umdenkens auszumachen. Was ist passiert? Warum nach Jahrzehnten des Abwiegeln dieses plötzliche Engagement für die Umwelt?

Bemerkenswert ist, dass im Hintergrund auch Manager und Militärs auf eine veränderte Politik drängen. Die einen sehen Gefahren für die Rendite, die anderen neue Sicherheitsrisiken durch bald 50 Millionen Umweltflüchtlinge, die sich im Zuge ökologischer Katastrophen grenzüberschreitend auf die Suche nach neuen Lebensgrundlagen machen werden. Rückversicherungsgesellschaften, die für die Schäden von Überschwemmungen, Wirbelstürmen und Erdbeben aufzukommen haben, verweisen schon seit längerem auf kaum noch kalkulierbare Risiken. Nun klagen aber auch die Kapitaleigner. Nur zu gerne wüssten sie, wo und worin sich künftig noch profitabel investieren lässt. In Immobilien, die von Wirbelstürmen hinweggefegt werden könnten? In neue Hafenanlagen und strandnahe Touristenressorts, die schon bald wieder im Meer zu versinken drohen? Wohin mit den exorbitanten Unternehmensgewinnen? – Verunsicherung auch bei denen, die an dem Klimawandel verdient und ihn durch verfehlte Industriepolitik zugelassen haben.

Schon Ende des 18. Jahrhunderts warnte der Frühsozialist Charles Fourier vor einer „falschen Industrie“, die auf Ausbeutung und fortschreitende Naturbeherrschung setzt, ohne die damit einhergehenden gesellschaftlichen Rückschritte wahrzunehmen. Nicht eine Kapital mehrende Inwertsetzung von Mensch und Natur sei das Ziel, sondern die Schaffung einer Gesellschaft, in der Arbeit an den Bedürfnissen der Menschen orientiert ist. Die Wärme einer solchen Gesellschaft sei am Ende so groß, dass sie selbst das Eis der Polkappen zum Schmelzen bringen würde und auch die Raubtiere würde zähmen können. Wegen seiner schwärmerischen Phantasien musste Fourier viel Spott einstecken – nicht von materialistischen Kritikern wie Marx, Marcuse oder den 68ern, wohl aber von denen, die sich darangemacht haben, Fouriers Phantasien technokratisch in die Tat umzusetzen. Allerdings nicht als Kritik an einer sich von den Menschen verselbständigenden ökonomischen Macht, sondern als Zurichtung und Zerstörung von Mensch und Natur selbst.

Das heute wachsende Bewusstsein für die Gefahren des Klimawandels ist fraglos wichtig. Bedenklich aber stimmt, wenn in der Erörterung der Umweltrisiken nun von einer globalen „Risikogesellschaft“ die Rede ist, so als wären alle Menschen gleichermaßen bedroht und als gäbe es weder ökonomische Interessen noch Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Katastrophen aber sind keine „demokratischen“ Ereignisse. Weil deren Auswirkungen allererst die sozial Marginalisierten treffen, ist es ganz und gar infam, wenn schließlich die Klage über die Gefährdung des Planeten gegen eben jene „Verdammten dieser Erde“ selbst gewendet wird, die zu viele seien.

Nicht per Abschottungspolitik, aber auch nicht über einen nur ökologisch erneuerten Kapitalismus wer-



den die Klimaveränderung, der Verlust der ökologischen Vielfalt, die fortschreitende Verwüstung aufzuhalten sein, sondern nur über das Aufbrechen des zerstörerischen Prinzips, das diese Entwicklung in Gang hält. Es reicht nicht, die Katastrophe nur durch verbesserte Sicherheits- und Sozialtechnologien auf ihren jeweils modernsten Stand zu bringen. Notwendig ist das, was Walter Benjamin als den Griff der Weltgesellschaft nach der „Notbremse“ beschrieben hat.

Und die Gründe für einen solchen Schritt sind allerdings erdrückend. Das im Verlauf der Geschichte gebildete Menschheitswissen lässt keinen Zweifel daran, wie unsinnig die Zerstörung der Umwelt ist. Auch die Ungefährlichkeit des Klimawandels ist gedanklich längst widerlegt. Dennoch herrschen nach wie vor ökonomische Vorstellungen, die den katastrophalen Prozess der Geschichte vorantreiben. Allen Studien über die negativen Folgen ungebremster Schadstoffemissionen zum Trotz nimmt der Ausstoß von Kohlendioxid zu. Ungeachtet der weitaus günstigeren ökologischen Bilanz eines urbanen Zusammenlebens hält die Zersiedelung der Landschaft an. Und obwohl auch die gesellschaftlichen Gefahren, die aus einer entfremdeten Lohnarbeit resultieren, hinlänglich beschrieben sind, gilt Lohnarbeit noch immer als Quelle allen Reichtums, als „Heiland“ gar, wie die Widersacher von Charles Fourier nicht weniger schwärmerisch in die Welt posaunten.

Mit allen Mitteln werden Produktions- und Arbeitsverhältnisse aufrechterhalten, die nicht nur dem Ziel der Bewahrung der Schöpfung zuwiderlaufen, sondern den Appell für Umweltschutz auch noch als ideologische Unterfütterung für ein Wirtschaftssystem instrumentalisieren, das die Produktion von Reichtum an die gleichzeitige Schaffung von Elend und Unterdrückung koppelt. Dieses Missverhältnis kommt nicht nur in wachsenden sozialen Gegensätzen zum Ausdruck, sondern auch in der Ökologie. Gemessen an den prekären Umständen, die in der Welt inzwischen herrschen, zeigt sich die Katastrophe hierzulande noch von einer eher angenehmen Seite.

Zum historischen Wissen aber zählt auch die Erfahrung, dass es anders gehen kann. Dass solidarische Ökonomien ebenso möglich sind wie Formen von gesellschaftlicher Arbeit, die nicht davon ausgehen, dass Mensch und Natur sozusagen „gratis“ zur Verfügung stehen. Die Geschichte praktizierter Alternativen ist lang: die Bauernaufstände gehören dazu, die Französische Revolution, die Pariser Kommune, die frühen Jahre des revolutionären Nicaragua, aber auch die vielen oftmals unscheinbar daher kommenden Projekte selbstbestimmter Lebensformen.

Der Messias, so Benjamin in seinen geschichtsphilosophischen Thesen, drückt sich nicht in einer aus dem Jenseits kommenden göttlichen Kraft aus, sondern darin, dass es den Menschen selbst gelingen könnte, mit der ihnen eigenen messianischen Kraft den katastrophalen Gang der Geschichte zum Stillstand zu bringen. In dieser Stilllegung des Geschehens sah Benjamin die revolutionäre Chance im Kampf für die unterdrückte Vergangenheit. „Nur dem Geschichtsschreiber wohnt die Gabe bei, im Vergangenen den Funken der Hoffnung anzumachen, der davon durchdrungen ist: auch die Toten werden von dem Feind, wenn er siegt, nicht sicher sein. Und dieser Feind hat zu siegen nicht aufgehört.“

El Vikingo

30 Jahre medico-Arbeit in Nicaragua und El Salvador oder das sture Beharren auf selbsttragende, selbstbestimmte und selbstverwaltete Entwicklung

Ortswechsel I: Perquín – vom Überdauern der Revolution

Guevara-Andenken kaufen kann.



Ale Fotos: medico

Walter Schütz, medico-Projektkoordinator in Mittelamerika

Nicaragua

Wer will Marisol denn sprechen?“, fragt das junge Mädchen, das in dem kleinen Café auf der einzigen Hauptstraße von Perquín bedient. „Sag einfach *El Vikingo*, dann weiß sie schon“, antwortet der blonde Hüne und lässt sich an einem der fünf Holztische nieder. Perquín ist ein Nest, malerisch und abgelegen mitten in den Hügeln von Morazán unweit der honduranischen Grenze. Dass der Ort einmal eine der wichtigsten Stützpunkte der salvadorianischen Guerilla war, davon künden heute noch eine Wanderoute zu den ehemaligen Lagern und das Museum der Revolution, in dem man sich in Guerilla-Kluft fotografieren lassen und Che

Als Marisol erscheint und den großen, kräftigen Mann sieht, erinnert sie sich sofort. Mit Walter Schütz, dem medico-Projektkoordinator für Mittelamerika, hatte sie häufig zu tun. In einer anderen Zeit. Zu Beginn der 80er Jahre. Damals lieferte medico Medikamente in die salvadorianischen Flüchtlingslager in Honduras und in die von der Guerilla kontrollierten Gebiete, auch nach Perquín und Morazán. Marisol Galindo war eine führende Guerilla-Kommandantin und eine wichtige Ansprechpartnerin für Walter – den Wikingo. Heute betreibt Marisol das kleine Café und vermietet ein paar Zimmer an Touristen. Sie ist gut informiert über alle politischen Entwicklungen, besonders über die Entwicklung der Linken in Lateinamerika. Dem gesellschaftlichen Wandel hin zu gerechten gesellschaftlichen Verhältnissen gilt nach wie vor ihre höchste Neugier.

Jeder in El Salvador hat seinen eigenen Umgang mit der jüngeren Geschichte. Marisol ist nach Jahren in der Hauptstadt wieder nach Perquín zurückgekehrt, ans Ende der Welt, in das Café kurz vor dem Dorfplatz. Fast scheint es, als wäre Perquín für sie wieder ein Rückzugsgebiet, ein Ort des Abwartens auf den Moment, da all die Fragen neu zu stellen sind, die Ausgangspunkt ihrer Hinwendung zur Guerilla waren. Politisch interessiert sie sich für die soziale Lage der Kleinbauern, aber auch für die Chancen, die der Tourismus den Leuten hier bieten kann. Und für die moralisch und juristisch ungeklärte und schier unüberwindliche traumatische Hinterlassenschaft aus der Zeit des Bürgerkrieges und der Militärdiktatur: das Erbe von 85.000 Ermordeten und



Nicaraguanische Landschaft

Verschwundenen. Nur noch deren Namen sind geblieben, eingraviert auf einer 50 Meter langen Marmorplatte in einem Park der Hauptstadt San Salvador. Ein Symbol der gezielten Vernichtung.

Walter und Marisol lassen das Schicksal gemeinsamer Bekannter Revue passieren. Angesichts der politischen Wege, die manch einer genommen hat, bleibt Marisol erstaunlich ruhig. Dabei sind einige der früheren Gefährten sogar bei ARENA gelandet, der Partei Roberto D'Aubissons, des einstigen Chefs der Todesschwadronen. Bei den Treffen ehemaliger Kämpfer, die Marisol seit vier Jahren organisiert, gibt es zwei sakrosankte Regeln: Niemandem werden Vorhaltungen wegen vergangener Handlungen gemacht, und niemand darf für seine heutige politische Einstellung „missionieren“. Diese Regelung scheint sie selbst zu beherzigen. Differenziert und abwägend spricht sie von den Themen, die die lateinamerikanische Linke heute bewegen und spalten. Dabei geht es um die FMLN, die Partei der Befreiungsbewegung, in der eine Strömung mittlerweile alle anderen herausgedrängt hat, und es geht um das politische Projekt des venezolanischen Präsidenten Chávez. Bei aller Distanz zur FMLN weiß sie, dass die Partei gebraucht wird, um die Rechts-Regierung El Salvadors irgendwann abzuwählen und die Elite des Landes zu zwingen, einer Veränderung der politischen Kultur zuzustimmen. Die Politik von Chávez verfolgt sie mit neugieriger Gelassenheit, auch wenn ihr dessen Personenkult offenkundig unsympathisch ist. „Wenn sich in Venezuela die Frage nach der Vergesellschaftung der Produktion stellt“, meint sie, „wird das ein spannender

Prozess.“

Zufrieden Marisol getroffen zu haben, schlendern Walter und ich zum Museum der Revolution. Die Idee, gleich nach dem Ende des Krieges ein solches Museum einzurichten, hat medico damals mitentwickelt und finanziell unterstützt. Ursprünglich befand es sich im Haus der Kultur auf dem Hauptplatz von Perquín. Einer der rechten Bürgermeister hat es an den Dorfrand verlegt. Aber auch hier erfüllt es seinen Zweck, die Erinnerung zu bewahren und vielleicht sogar zum Ausgangspunkt der Reflexion und Debatte über Wohl und Wehe sozialer Umbrüche werden zu lassen. Im „Raum der internationalen Solidarität“ finden wir das Plakat zur Salvador-Demonstration in Frankfurt am 31. Januar 1981, an deren Vorbereitung Walter und ich einst beteiligt waren.

Perquín, das klang damals nach Befreiung und Revolution: Je weiter weg man vom eigentlichen Geschehen war, desto größer und bedeutender wurde der Ort. Für die politische Linke im Westdeutschland der 80er-Jahre hatten die Befreiungsbewegungen in Mittelamerika eine ähnliche Bedeutung wie Vietnam für die 68er-Bewegung. Sie waren politisches Fanal und Projektionsfläche zugleich. Wunsch und Wirklichkeit flossen in eine idealisierte Vorstellung von der Guerilla. Anklänge daran findet man heute noch in den blassen Bildern des Perquíner Revolutionsmuseums. medico international gehörte damals zu den wichtigsten Akteuren der Solidaritätsbewegung. Die Projektarbeit organisierte Walter Schütz, der 1981 deshalb selbst nach Mittelamerika ging. 26 Jahre später besuche ich mit Walter alte und neue Projektpartner. Perquín ist

Ortswechsel II: El Tanque – vom Weiterleben nach der Katastrophe



Luisa Rueda, Bäuerin aus El Tanque

Edie erste Station unserer Reise. Everz ist der Vorsitzende der Kooperative von El Tanque. Schon in seinem Händedruck liegt so viel Sicherheit und Selbstbewusstsein, dass einem dieser bäuerliche Stolz eine ordentliche Portion Respekt abnötigt. Zu seinen Aufgaben gehört auch die Verwaltung des Kreditfonds, der den Bauern und der Kooperative zur Verfügung steht, bei Investitionen in die gemeinsamen Ländereien wie beim Ankauf von Saatgut. Der Fonds ist der letzte Bereich, den medico in El Tanque noch regelmäßig unterstützt. Am Anfang, während und nach der Gründung der Gemeinde, war das anders. Da hatte auch Walter Schütz viel in El Tanque zu tun, das *medico-rundschreiben* hat damals immer wieder davon berichtet. Das Dorf wurde von Männern und Frauen gebaut, die früher als Kleinbauern am Vulkan Casita gelebt hatten. Durch den Hurrikan Mitch hatten sie 1998 ihre Häuser, ihr Land und ungezählte Familienangehörige verloren. Mit der Unterstützung von medico schufen sie sich in El Tanque eine neue Heimat. „Das sollte mein Meisterstück werden“, erinnert sich Walter, der diese physisch und seelisch erschütterten Menschen damals mit großem Elan unterstützte. Während er das sagt, sitzt er zwischen Everz und den anderen Mitgliedern der Kooperative im Raum für Fortbildungen.

An den Wänden des Sitzungszimmers hängen noch immer Bilder der Schlammlawine, die 2.500 bis 3.000 Menschen unter sich begrub. Sensationslüsterne Zeitungsfotos der mit Schlamm bedeckten Toten. Langsam verblichend, wirken sie fast wie beiläufig aufbewahrt. Sie hängen zwischen Fotos von den ersten heißen Wochen auf dem Land, das sie damals besetzten. Fotos, auf denen noch kein Strauch und kein Baum zu sehen ist. Von Männern, die

von Trauer gezeichnet sind. Und von der Übergabe der Landtitel. Nicht nur die klimatischen Bedingungen, auch die Zeit kratzt und nagt an der Präsenz der Erinnerung. Vor die Vergangenheit schiebt sich die Realität des heutigen El Tanque. Everz erläutert uns die Zahlen und Fakten einer prosperierenden Kooperative. „Noch drei Jahre, dann stehen wir vor dem nächsten Entwicklungssprung“, sagt er, und die Vorstandsmitglieder der Kooperative nicken zustimmend. Neues Land soll gekauft werden, und neue Maschinen. Es geht schon längst um mehr als um die Sicherung der eigenen Subsistenz. Es geht um Entwicklung, um wirtschaftliche und politische Teilhabe im Rahmen einer solidarischen Ökonomie. Everz lässt keinen Zweifel, dass das gelingen wird.

Woran aber hängt das Gelingen eines solchen Projektes, was sind die Ingredienzien für ein solches „Meisterstück“? Walter und ich sitzen im Garten von Luisa Rueda und Luis Guzmán, zwei alteingesessenen Tanqueros. Luisa gehört zu den Aktivistinnen der ersten Stunde. Ich erinnere mich, wie sie mir vor 6 Jahren ihren vollen Silo mit Mais zeigte. „Den werde ich ganz alleine verkaufen. Ohne die Kooperative“, sagte sie mir damals voller Stolz. Sie war misstrauisch, dass man sie hintergehen könnte. Später hat Luisa, die Bäuerin und Mutter von 8 Kindern, dazugelernt. Im Kurs für Erwachsenenbildung holte sie die Schulbildung nach, lernte nicht nur lesen und schreiben, sondern auch Bilanzen zu verstehen. Das Misstrauen gegen die Kooperative ist längst verschwunden.

Ist das ein „Erfolgsrezept“ – Erwachsenenbildung? „Den Erfolg von El Tanque kann man nicht nach der Logik von Ursache und Wirkung erklären. Auch wenn ich in meinen Projektanträ-

gen so tue, als ob das ginge.“ Hing der Neubeginn von El Tanque an der psychosozialen Arbeit, in der die Leute versuchten, sich ihren traumatischen Erinnerungen zu stellen? Oder gab ihnen die erste Maisernte die Hoffnung zum Weiterleben? Für manche jedenfalls war es die Rechtssicherheit, die ihnen der Landtitel gab. „Wenn man Armut wirklich bekämpfen will“, sagt Walter, „braucht man integrierte Entwicklungsmaßnahmen.“ Hinter dem technischen Begriff verbirgt sich eine politische Haltung. Das macht den Unterschied. Das gilt so auch von den WHO-Strategien zur „Gesundheit für alle“ aus den

70er-Jahren und von der Grundbedürfnis-Theorie des chilenischen Entwicklungsökonom Max Neef, die für Walter zur theoretischen Stütze der Arbeit in El Tanque wurden. Zu den Grundbedürfnissen, deren Erfüllung erst eine nachhaltige Entwicklung ermöglicht, zählt Neef neben der durch Nahrungsmittel und Wohnraum gesicherten Subsistenz und dem Zugang zu Gesundheit auch Sicherheit, Teilhabe und Identifikation. „Das haben wir in El Tanque berücksichtigt“, sagt Walter. Und: „Da lässt sich eine Linie ziehen von unseren revolutionären und basisdemokratischen Idealen zu unserer heutigen Arbeit.“

Ortswechsel III: La Palmerita – vom Saisonarbeiter zum Bauern

A llerdings hat Walter nicht damit gerechnet, dass El Tanque eine ungeahnte Fortsetzung finden würde. Eines Tages tauchten dort landlose Kaffeearbeiter auf. Sie schauten sich den Ort an, trafen sich mit der Kooperative und erklärten nach einem langen Tag voller Gesprächen, dass auch sie genau so ein Dorf errichten wollten. Sie baten Walter Schütz und medico um ihre Unterstützung.

Für Walter war das eine schwierige Entscheidung: „Es ging um 153 arbeitslos gewordene Tagelöhner-Familien, die von der Regierung Land zugewiesen bekommen hatten. Im Gegensatz zu den Kleinbauern von El Tanque gehörten die Leute von Palmerita zu den allerärmsten Schichten. Sie lebten von weniger als einem Dollar am Tag. Ich war mir sehr unsicher, ob sie in der Lage sein würden, ihre ganze Lebensweise zu ändern und Kleinbauern zu werden.“ Eine Machbarkeitsstudie nicaraguanischer Psychologen kam zu einem positiven Ergebnis – mit Einschränkungen. Psychosoziale Arbeit, so hieß es, wäre eine Grundvoraussetzung für das Gelingen. „Im Grunde bestätigte das nur meinen Verdacht, dass ein solches Projekt mit großen, vielleicht zu großen Risiken behaftet sein könnte.“



Juan Ochoa, ehemaliger Saisonarbeiter, La Palmerita

Die Psychologin Margarita Espinoza von der Frauenorganisation *Maria Elena Cuadra* hat schon die psychosoziale Arbeit in El Tanque betreut und erzählt uns von den nahezu katastrophalen Anfängen in La Palmerita. „Unentwegt stießen wir auf Schwierigkeiten. Viele Bewohner kamen mit ihren Macheten zu den Sitzungen. Die Stimmung war aggressiv. Es gab massive Proteste gegen uns und unablässig Klagen um mehr Hilfe von medico. Manche hätten uns gern ganz aus dem Ort verbannt.“ Mit der Zeit aber änderte sich die Stimmung. „Ich merkte das daran, dass die Leute plötzlich ohne Machete zur Sitzung kamen“, erinnert sich Walter Schütz. Und: „Auch hier kann man keine Kausalkette herstellen, um zu begründen, warum die Wende glückte. Auch wir haben dabei viel gelernt. Wir mussten verstehen, ihrer bisherigen Überlebenskultur mit Respekt zu begegnen. Denn was wir an den Leuten ändern wollten, ihre Aggressivität, ihre Bindungs-

losigkeit, ihre Promiskuität, die fehlende Lebensplanung – all das waren Fähigkeiten, die es ihnen ermöglichten, ihr Leben als Saisonarbeiter überhaupt zu bewältigen.“

Juan Ochoa kann von diesem Leben erzählen. Seit seinem fünften Lebensjahr kennt der Mittdreißiger nichts anderes als die Arbeit auf den Plantagen, das Wohnen in Massenunterkünften, das Umherziehen von Saisonarbeit zu Saisonarbeit. Juan hat niemals eine Schule besucht. Ein solches Leben produziert und braucht Bindungs- und Planungslosigkeit, die Fähigkeit, aus den kleinen Siegen, den kurzfristigen Vorteilsnahmen im Alltag den eigenen Selbstwert zu schöpfen. Da fiel es schwer, sich auf einmal in Alphabetisierungskursen und in agrartechnischen Fortbildungsmaßnahmen bewähren zu müssen oder aufgenommene Kredite tatsächlich zurückzahlen. Sich eine bäuerliche Kultur der Verlässlichkeit, der Sesshaftigkeit und Beständigkeit anzueignen. Juan Ochoa und ein Teil der Leute von Palmerita haben diesen kulturellen Wandel auf sich genommen. Juan hat einen Alphabetisierungskurs absolviert, einen Kleinkredit aufge-

nommen und sich davon einen Karren und ein Pferd gekauft. Von den paar Córdobas, die er damit verdient, kann er jetzt seine beiden Kinder zur Schule bringen. Sie gehören zu den besten Schülern des Jahrgangs.

Gern hätte er uns seinen Schimmel gezeigt, doch ist das Pferd zum Grasen weit draußen im Feld hinter dem Haus. Sein Pferd und sein Karren sind Juans ganzer Stolz, die Erfüllung seiner kühnsten Träume. Das sagt etwas über die Spielräume von 25 Prozent der Nicaraguaner, die wie Juan Ochoa in extremer Armut leben. Die nächste Generation, seine Kinder, meint Walter, werden ein anderes Leben führen und anderen Träumen folgen. Projekte wie El Tanque oder Palmerita setzen auf individuelle und soziale Ressourcen und auf ein soziales Handeln, das nur in Maßen berechenbar ist. „In den klassischen Armutsbekämpfungsprogrammen“, so Walter, „wird die extreme Armut gar nicht mehr berücksichtigt, ist der Einschluss der Marginalisierten nicht mehr vorgesehen. Zu diffizil und vielleicht auch nicht gewollt. Man will risikofreie, betriebswirtschaftlich berechenbare Projekte.“

Ortswechsel IV: Río San Juan oder die nackten Füße Nicaraguas

Der Weg in die Provinz Río San Juan ist noch immer nicht besser geworden. 170 Kilometer im Schrittempo über eine nicht asphaltierte Piste – es gibt offenbar Winkel auf dieser Welt, um die sogar die Globalisierung einen Bogen macht. „Die nackten Füße Nicaraguas“ nannte der Schriftsteller Sergio Ramírez die Provinz Río San Juan zwischen den noch ärmeren Provinzen der Atlantikküste und dem begüterten Nachbarland Costa Rica. Unsere Fahrt zieht sich endlos. Die Nacht ist tiefschwarz und die Gegend scheint menschenleer, weil die Dörfer hier nicht einmal Strom haben. Vor zehn Jahren war Walter Schütz zum letzten Mal hier. Hinterm Steuer unseres Wagens erinnert sich der medico-Projektkoordinator an die Jahre der Aufbauarbeit. Für medico

hatte er das Gesundheitssystem der Provinz organisiert. „Als wir anfangen, gab es in der ganzen Region zwei Ärzte und ein nicht funktionstüchtiges Krankenhaus.“ Mit Spendengeldern und öffentlichen Mitteln, darunter einer hohen Summe von der ersten rot-grünen Regierung in Hessen, half medico ab 1983 beim Aufbau des Gesundheitswesens, in Kooperation mit der sandinistischen Regierung. „Es sollten möglichst viele Menschen und Ressourcen aus der Region selbst mobilisiert werden. Im Ergebnis einer zehnjährigen Arbeit entstand in der Region eine neue, dezentrale Gesundheitsinfrastruktur. Durch Aus- und Fortbildung machten sich Hunderte von jungen Leuten Inhalte der Basisgesundheitspflege zu Eigen und trugen sie in ihre Dörfer.“

Es war die Zeit eines großen Umbruchs, der alle erfasste und in Bewegung brachte. „Damals war es ungleich einfacher als heute, mit den Menschen grundlegende Veränderungen durchzusetzen.“ Man sieht es Walter Schütz an: Er denkt an die Arbeit mit den Leuten in Palmerita und daran, wie risikoreich für sie das Aufgeben der alten Überlebensregeln ist. Das wäre damals einfacher gewesen. Doch heute zielt auf einen umfassenden Umbruch nur noch der Neoliberalismus. In der erzwungenen Arbeitsmigration und der Sklaven-Arbeit in den zollfreien Zonen der Maquilas geht es allerdings nicht um Max Neefs Ideen von Sicherheit, Teilhabe und Identifikation, die Walter bewegen.

Die Arbeit in Río San Juan hatte einen eminenten politischen Grundgedanken: Sie sollte die sandinistische Regierung im Bürgerkrieg unterstützen. Río San Juan war als Grenzgebiet auch Kampfgebiet. „Schade“, meint Walter, „dass die Sandinisten damals zunehmend auf eine militärische Bekämpfung der ‚Contra‘ setzten. In Río San Juan haben die sichtbaren sozialen Erfolge wie der erfolgreiche Aufbau des Gesundheitssystems den Sandinisten bis zum Schluss die Mehrheit gesichert. Wir haben die Contra, die Rebellen um Eden Pastora, mit Sozialprogrammen, nicht mit Waffen besiegt.“ Río San Juan war die einzige Provinz, in der die Sandinisten bei ihrer Abwahl 1990 noch die Mehrheit der Stimmen hielten.

Was ist heute von dieser Arbeit noch zu sehen? In der Provinzhauptstadt San Carlos besuchen wir eines der großen Projekte, die Walter Schütz über viele Jahre betreut hat: das Krankenhaus. „Hier hat sich so viel verändert“, murmelt er immer wieder vor sich hin, und das keineswegs mit Bedauern. Das Krankenhaus wurde erheblich erweitert, neue Operationsräume und Krankbetten sind hinzugekommen. Geblieben aber ist die klimatisch angepasste, offene und luftige Architektur.

Das Gesundheitswesen in Río San Juan ist ein Beispiel für Nachhaltigkeit. Wohin wir auch kommen, überall (in Río San Juan) funktionieren die Gesundheitseinrichtungen noch, die medico einst errichtete. Viele wurden erweitert und ausgebaut.

Bei allen Problemen ist eine für alle zugängliche öffentliche Gesundheitsfürsorge hier nach wie vor der geltende Standard. Das ist übrigens auch ein Verdienst von lokalen Politikern, die sich solchen Ideen noch verpflichtet fühlen.

In der bescheidenen und abgeschiedenen Idylle des Río San Juan fällt denn auch die entwicklungspolitische Zwischenbilanz von El Vikingo nicht schlecht aus. Sein beständiges Ringen, in konkreten Projekten deutlich zu machen, dass



San Carlos Hospital, Río San Juan

eine den Menschen zugewandte, selbstbestimmte Form von Entwicklung möglich ist, findet hier zurück zu den revolutionären Wurzeln. Die wachsende soziale Kluft, die Unruhe über die systematische Ausgrenzung von immer mehr Menschen und die Utopie eines anderen, besseren Lebens der Marginalisierten werden ihn weiter bewegen und bleiben die treibende Kraft seines Nachdenkens und Handelns. Walter Schütz geht zum Ende des Jahres 2007 in den Ruhestand. Ganz sicher werden wir weiter von ihm hören. Auch in dieser Publikation.

Katja Maurer

Projektstichwort

Alphabetisierung, Aufbau einer kleinbäuerlichen Existenz, Entwicklung einer Gemeindegeldverwaltung, Gesundheitsförderung, Traumabearbeitung – das sind die Eckpunkte des integralen Entwicklungsprojektes mit 153 Familien im nicaraguanschen Palmerita. Mit Ihrer Spende können Sie eine beispielhafte Arbeit zur Bekämpfung der extremen Armut unterstützen.

Wir bleiben

Erleichterung nach der Wahlniederlage der Ultrarechten in Guatemala

Wir bleiben, schrieben unsere Partner aus Guatemala, nachdem der ultrarechte Präsidentschaftskandidat die Wahlen im November doch deutlich verloren hatte. Keiner in Guatemala hat große Hoffnungen in den Wahlsieger Colom, der zwar als Sozialdemokrat gilt, aber auch zu den großen reichen Familien gehört, die traditionell vor allen Dingen auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind. Die Vorstellung jedoch, ein rechter Ex-Militär, der offensiv die Rückkehr zur „harten Hand“ predigte, könnte in Guatemala erneut brutal regieren, ließ unsere Kollegen von der Gesundheitsorganisation ACCSS ernsthaft den Gedanken ans Exil erwägen. Sie bleiben, auch wenn wenig Besserung in Sicht ist. Während des Wahlkampfes haben sich die Gesundheitspromotoren, die von ACCSS und medico unterstützt werden, zu Wort gemeldet. Sie forderten eine Umkehr in der Gesundheitspolitik Guatemalas. In von ihnen verfassten „Wahlprüfsteinen“ wiesen sie darauf hin, dass Guatemala gerade mal ein Prozent seines Staatshaushaltes für Gesundheit ausgibt. Das ist die niedrigste Rate in Mittelamerika. Ein Fünftel der Bevölkerung, so die Promotoren, hätte überhaupt keinen



Guatemala, 2007

Zugang zu Gesundheitseinrichtungen. Statt der Propagierung einer brutalen Staatsrepression der Gewalt empfehlen die Promotoren eine Gesundheitspolitik, die alle einschließt, auch als ein Mittel, der enormen sozialen Kluft und ihrer gewalttätigen Auswirkungen Herr zu werden.

Nach dem Regen

Ärzteteams in Chiapas unterwegs

Die mexikanische medico-Partnerorganisation *Salud y Desarrollo Comunitario* (SADEC) leistet zurzeit Katastrophenhilfe in den mexikanischen Bundesstaaten Chiapas und Tabasco. Die Bilder gingen durch die Weltpresse. Die Fluten haben Hunderttausende obdachlos gemacht. Ursächlich für die aktuelle Katastrophe sind auch politische Gründe: „Die Gouverneure der PRI in Tabasco glänzten in den letzten Jahren durch Korruption und die rücksichtslose Ausbeutung von Mensch und Natur.

Gigantische Mangrovenwälder entlang der Flüsse wurden abgeholzt, um teure Immobilien bauen zu können. Millionen flossen von der Zentralregierung für den Hochwasserschutz nach Tabasco und versickerten in den Kanälen der Korruption“, so die Kollegen aus Mexiko. Nach Einschätzung von Dr. Joel Heredia von SADEC sei die Lage in Tabasco zwar sehr dramatisch, aber durch die großangelegte Hilfsaktion könne die größte Not gelindert werden. Allerdings wird es noch Monate dauern, bis das Wasser abge-

laufen und Schäden an Häusern und Infrastruktur behoben sein werden. Größerer Handlungsbedarf besteht ebenfalls im nördlichen Chiapas. Hier sind schätzungsweise 100.000 Menschen von den schlimmsten Überschwemmungen seit einem halben Jahrhundert betroffen. Viele Gemeinden sind durch das Abrutschen instabiler

Hänge bedroht. Diese kleinen Gemeinden in Nord-Chiapas erhalten von den Regierungsinstitutionen und der internationalen Öffentlichkeit kaum Aufmerksamkeit und Unterstützung. Das Team von SADEC konzentriert sich deshalb auf medizinische Hilfe in dieser Zone.

Die Pillendreher von Dhaka II

Machbarkeitsstudie über Medikamentenproduktion in Bangladesh

Nun ist sie also auf den Weg gekommen: die Machbarkeitsstudie darüber, wie die Absatzchancen von generisch und patentfrei in Bangladesh produzierten Medikamenten gegen HIV-AIDS, Malaria und Tuberkulose insbesondere für die ärmsten Länder aussehen könnten. Unser Partner in Bangladesh, die Gesundheitsorganisation *Gonoshasthaya Kendra*, die brasilianische Chemikerin Eloan Pinheiro, die maßgeblich die öffentliche Produktion von AIDS-Medikamenten in Brasilien vorangetrieben hat, und Kollegen von *medico international* hatten in einer intensiven Arbeitswoche die Projektskizze für eine solche Produktion entworfen. Das war der Anstoß für die Machbarkeitsstudie, die holländische Kollegen nun im Auftrag der DEG (Deutsche Entwicklungsgesellschaft) in Bangladesh durchführen werden. Die Berater sind verbunden mit dem gemeinnützigen Generika-Händler IDA, über den *medico* schon viele Medikamentenlieferungen in verschiedene Projektregionen organisiert hat. Die Studie wird sich mit Marktanalysen beschäftigen, aber auch mögliche Unternehmen zur Durchführung einer solchen Produktion unter die Lupe nehmen. Dazu werden auch die Pharmaunternehmen gehören, die unter der Obhut von *Gonoshasthaya Kendra* bereits Medikamente und Grundstoffe für essentielle Medizin herstellen. Die Machbarkeitsstudie geschieht vor dem Hintergrund, dass preiswerte Medikamente im Bereich HIV-AIDS, Malaria und Tuberkulose in



Alternative Medikamentenproduktion bei GK

großem Ausmaß fehlen. Bangladesh ist es aufgrund der internationalen Handelsabkommen noch erlaubt in den nächsten 10 Jahren Nachahmer-Produkte herzustellen, selbst wenn diese unter Patent sind. Bangladesh, so die Hoffnung, könnte die Rolle Indiens als Apotheke der Armen übernehmen, da Indien seit 2005 keine patentgeschützten Medikamente mehr produzieren darf.

Letzte Meldung:

Zyklon in Bangladesh

Die verheerenden Schäden des Zyklons in Bangladesh sind bei Drucklegung des rundschreibens noch nicht absehbar. Mehrere Tausend Menschen kamen ums Leben und Hunderttausende wurden obdachlos. Der *medico*-Projektpartner *Gonoshasthaya Kendra* ist mit Ärzteteams vor Ort und verfügt seit vielen Jahren über Notfallteams für die katastrophenanfällige Region. Für ihre Arbeit bitten sie dringend um Spenden.

Späte Gerechtigkeit?

In Südafrika verklagen Opfernverbände die Profiteure und Helfershelfer des Apartheid-Systems

Südafrika auf diese

Photo: medice

fairis

Südafrika

V Entscheidung warten. Als das New Yorker Bezirksgericht schließlich am 12. Oktober dieses Jahres – kurz vor dem Ablauf der Fünfjahresfrist – die Klage gegen 22 internationale Konzerne zuließ, allesamt mutmaßliche Profiteure des rassistischen Regimes, hatte schon fast niemand mehr daran geglaubt. Binnen weniger Stunden indes wich die Ungläubigkeit großer Freude und Geschäftigkeit.

Die Selbsthilfeorganisation *Khulumani*, die medice seit 10 Jahren unterstützt, hatte 2002 im Namen ihrer 32.000 Mitglieder Klage in den USA gegen Konzerne und Banken, darunter die Deutsche und die Dresdner Bank, die Commerzbank, DaimlerChrysler sowie Rheinmetall eingereicht. Der Gerichtsentcheid ist nun ein erster juristischer Erfolg im Kampf gegen die Helfershelfer des verbrecherischen und rassistischen Apartheid-Systems in Südafrika, welches erst durch die ersten demokratischen Wahlen 1994 abgelöst wurde.

Die rechtliche Basis der Klage ist ein amerikanisches Gesetz, der Alien Tort Claims Act (etwa: Gesetz zur Regelung von ausländischen Ansprüchen), das für die Mehrheit von Menschenrechtsklagen in den letzten 20 Jahren in Amerika die Grundlage bildete. Nach diesem Gesetz können nicht-amerikanische BürgerInnen amerikanische, oder internationale in den USA niedergelassene Konzerne verklagen, falls eine kausale Beziehung zwischen der Tätigkeit der Unternehmen und der erlittenen Schäden hergestellt werden kann. Dabei muss es um Verletzungen internationalen Völkerrechts oder von anerkannten Menschenrechten gehen.

Ursprünglich hatten die Opfer des Apartheidregimes mit der 1998 gegründeten „Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika“ die Forderung nach Streichung der illegitimen, vom Apartheidregime geerbten Schulden erhoben und auf diesem Weg Entschädigungszahlungen verlangt. Doch die Gläubiger der Apartheid-Schulden verwehrten den Überlebenden jahrelang diesen Beitrag zur Wiedergutmachung.

Da die soziale und wirtschaftliche Situation der Opfer immer prekärer wurde, entschied sich Khulumani für eine Klärung der anstehenden Forderung vor Gericht. Und die Chancen für einen juristischen Erfolg stehen nicht schlecht. Die beklagten Unternehmen tätigten auch dann noch Geschäfte mit dem Apartheidregime, als die UN-Vollversammlung und der UN-Sicherheitsrat die Apartheid schon viele Male als „Verbrechen an der Menschheit“ verurteilt hatten. Die großzügige Kreditvergabe vor allem deutscher Banken schuf die finanzielle und logistische Voraussetzung für die systematische Unterdrückung der schwarzen Mehrheitsbevölkerung Südafrikas und trug maßgeblich zu der Stabilisierung des in die Krise geratenen Regimes bei, was die Ökonomen Mascha Madörin und Gottfried Wellmer in mehreren Studien belegt haben.

Aufklärung über die „Verschwundenen“

Die gerichtliche Auseinandersetzung in den USA ist nur ein Teil der Khulumani-Arbeit. Im Sommer dieses Jahres fand in Johannesburg anlässlich des internationalen Tages der Verschwundenen eine Konferenz statt, auf der Angehörige von



Angehörige und Freunde eröffnen die Khulumani-Ausstellung zum Andenken an Menschen, die während der Apartheidzeit verschleppt wurden

Verschwundenen gemeinsam mit ihren politischen Unterstützern die Aufklärung der Verbrechen forderten. Die Wahrheits- und Versöhnungskommission Südafrikas hat in ihrem Abschlussbericht 477 Verschwundene dokumentiert – die Zahl dürfte jedoch deutlich höher liegen. Der Schmerz über den Verlust der geliebten Väter, Mütter, Brüder, Schwestern und Kinder und die Ungewissheit darüber, was mit ihnen passiert ist, bestimmen für die Hinterbliebenen den Alltag und waren auf der Konferenz die ganze Zeit über zu spüren. Bei der Eröffnung einer Ausstellung zum Gedenken an die Verschleppten nach dem Ende der Konferenz brachen dann auch viele Angehörige der seit Jahrzehnten Verschwundenen in Tränen aus. Jonny Mokome, Khulumani-Aktivist aus Bekkersdal, berichtet, dass die Familien auch deshalb ihren Weg in den Alltag nicht zurückfinden, weil in Afrika die Lebenden und Toten traditionell eine Gemeinschaft bilden und auch die Verschwundenen so lange keine Ruhe finden können, bis die Todesriten bei einer Bestattungszeremonie ausgeführt wurden.

Aufgrund des anhaltenden öffentlichen Drucks durch Khulumani gibt es inzwischen Untersuchungen zu den Hintergründen der Verbrechen. Nach mühsamen Recherchen konnten einige Leichen exhumiert, identifiziert und bestattet werden. Erste Strafverfahren gegen die Täter wurden

eingeleitet. Die südafrikanische Regierung wird aufgefordert, ihre Bemühungen zur Aufklärung der Gräueltaten des früheren Regimes zu verstärken. Neben den psychischen Folgen, die das Verschwinden von Menschen bei den Familien und Freunden hinterlässt, sind es oft auch wirtschaftliche Nöte, unter denen die Angehörigen leiden. Angesichts dieser Lebensrealitäten sollten die beklagten Unternehmen den Rat von Bischof Desmond Tutu beherzigen: „Alle Unternehmen, die mit dem Apartheidregime Geschäfte gemacht haben, müssen wissen, dass sie in der Schusslinie stehen. Sie müssen zahlen, sie können sich das leisten.“

Ohne die Berücksichtigung der sozialen Folgen der Apartheid und die Entschädigung der Opfer kann es im Südlichen Afrika keine tragfähige Versöhnung geben. Für eine demokratische Entwicklung ist eine tief greifende Veränderung der ökonomischen und sozialen Machtverhältnisse unerlässlich.

Anne Jung

Projektstichwort

In 30 Selbsthilfegruppen setzt sich Khulumani für die Aufklärung der Verschwundenen-Schicksale und für die Entschädigung der Apartheid-Opfer ein. Sie können zu ihrer Unterstützung mit einer Spende beitragen.

WIR KÖNNEN H
ZUR HÖLLE MAC
AUF DEM BESTEN
SIE WISSEN. W
ABER AUCH IN
DAS **GEGENTEIL**
VERWANDELN.

Herbert Marcuse, Das Ende der Utopie, 1967

HEUTE DIE WELT SCHEN, WIR SIND N WEG DAZU, WIE WIR KÖNNEN SIE

medico international wird 40!

2008 begeht medico international das 40. Jahr seines Bestehens. medico wurde gegründet als Reaktion auf die Kriege in Vietnam und Biafra und teilt damit ein mobilisierendes Element der 68er-Bewegung. Auch sie wird nächstes Jahr 40. Im September 2008 geht die Primary Health Care-Strategie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ins 30. Jahr, die mit dem Programm „Gesundheit für alle“ eine Frühform von globalen sozialen Rechten entwickelte. Damit sind wichtige Eckdaten der medico-Gründungsgeschichte benannt. Diesen Ereignissen ist das Bemühen um eine Politisierung der Lebensverhältnisse gemeinsam. An dieser Idee hält medico international auch heute noch fest. Die Kooperationen mit unseren Partnern, die Projekte, die öffentlichen Unternehmungen, die Beistandsbemühungen in Notsituationen sind getragen von dem Gedanken einer Hilfe, die die Ursachen in den Blick nimmt und um politische Handlungs- und Veränderungsspielräume ringt. Damit bewegt sich medico international nicht im Zeitgeist einer „Politik der Entpolitisierung“. Gerade deshalb planen wir lokale Veranstaltungen, eine große Konferenz im Sommer des nächsten Jahres, Aktionen rund um den 40. Jahrestag des medico-Bestehens und mit Blick auf die Möglichkeiten einer anderen Welt.

Wenn Sie sich daran beteiligen wollen, rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns eine E-Mail!
info@medico.de oder Tel. (069) 944 3820.



Die Verdammten der Globalisierung

Auf einer Reise durch Westafrika sprach medico in Mauretanien und im Senegal mit lokalen Menschenrechtsaktivisten, Selbsthilfegruppen von Abgeschobenen und mit denen, die auf dem Sprung in die Boote sind

Afrika weist die größte Mobilitätsrate der Welt auf. Schätzungen gehen davon aus, dass 35 Millionen

Westafrika

A Afrikaner außerhalb ihres Heimatlandes leben. Längst geht es nicht mehr allein um Zwangsvertreibungen infolge von Bürgerkriegen und politischer Gewalt. Hinzugekommen ist ein Exodus verzweifelter *harragas*, wie die zumeist papierlosen schwarzafrikanischen Flüchtlinge im arabischen Maghreb genannt werden: „die ihre Vergangenheit verbrennen“, die neuen Verdammten der Erde, die wie Unberührbare durch ihre eigenen und benachbarten Gesellschaftsruinen ziehen.

60% der Menschen Afrikas sind unter 25 Jahre alt. Diese Jugend führt ein Leben zwischen Traum und blanker Existenz. Für viele ist die Emigration die letzte Hoffnung – konkret: das Wagnis, irgendwie nach Europa zu kommen. Lange Zeit waren die spanischen Enklaven von Ceuta und Melilla ihr erstes Ziel. Aber Europa hat seine Tore verschlossen und die Küsten Marokkos unter steter Beobachtung. Das Budget der Grenz-

schutzagentur Frontex ist der am schnellsten wachsende Haushaltsposten der EU: 17,5 Millionen Euro 2006, 42 Millionen Euro 2007, für 2008 sind 70 Millionen Euro geplant. Die Patrouillenboote sollen dauerhaft vor den Küsten Mauretaniens und dem Senegal kreuzen. Mittlerweile starten die kleinen Pirogen aus der Casamance, dem südlichen Senegal oder Guinea-Bissau. Oft mit tödlichen Folgen. Offizielle Schätzungen gehen von ca. 7.000 Opfern allein im vergangenen Jahr aus. 31.000 Flüchtlinge haben die Kanarischen Inseln lebend erreicht.

Durchgangsbahnhof des Elends

Nach der ersten Stunde Fahrzeit wird die Straße zu einem Strich, der sich am Horizont verliert. Wenn man die mauretanische Hauptstadt Nouakchott, eine wild wuchernde Agglomeration aus Verwaltungsbauten und unansehnlichen Wohnsiedlungen, Richtung Norden hinter sich lässt, beginnt ein märchenhaftes Schauspiel. Riesige



Traditionelle Küstenfischer am Strand von Nouadhibou



ockergelbe und orangefarbene Weichsanddünen säumen die schnurgerade Piste. Östlich geht der Blick in die Weite der Sahara, manchmal sieht man das Meer. Und über allem ein Himmel in Matisse-Blau. Die Piste führt nach Nouadhibou, eine Hafenstadt ganz im Norden des Landes, auf der Halbinsel Cap Blanc, in unmittelbarer Nähe zur von Marokko besetzten Westsahara.

Hier ist das wirtschaftliche Zentrum Mauretaniens, endet die Erzbahn aus den Minen des 800 km entfernten F'dèrik, liegen die letzten Überreste der mauretianischen Fischereiflotte vor Anker, wird der traditionelle Fischfang in ca. 10-20 Meter langen hölzernen Pirogen betrieben. Nouadhibou ist Zielort und Durchgangsstation, für viele Migranten und Flüchtlinge die letzte Etappe auf dem Sprung nach Europa, das Amadou M'Bow die „andere Seite der Welt“ nennt. Der 49-jährige ist Generalsekretär der *Mauretianischen Vereinigung für Menschenrechte* (AMDH). Zuletzt trafen wir ihn auf dem Alternativkongress gegen den G8-Gipfel in Rostock, wo der charismatische Aktivist das Recht auf Bewegungsfreiheit einforderte. Damals vereinbarten wir den Gegenbesuch in Mauretanien und die folgende Reise vom Maghreb in den subsaharischen Senegal. Gemeinsam sind wir auf der Suche nach potentiellen medico-Partnern zur Unterstützung der *harragas*, der Flüchtlinge. Vielleicht können wir mit unseren bescheidenen Mitteln den Flüchtlings- und Menschenrechtsinitiativen Internetzugänge zur besseren Vernetzung ermöglichen. Das ist nicht viel im Vergleich zu den EU-Budgets, aber ein erster Anfang. Gemeinsam mit Amadou M'Bow vollziehen wir deshalb den Weg der Fluchten nach. Unsere Route führt durch einen Transitraum, der über 1.000 Kilometer umfasst: von der Küste Mauretaniens bis in die Hauptstadt des Senegal.

Wir besuchen die lokale „Antenne“ der AMDH, um zu erfahren, was denen widerfährt, die nach fünf Tagen Tortur auf See die Strände der Kanaren erreicht haben, aber von der Küstenwache abgefangen und an die afrikanische Küste zurückgeschoben werden. Der Rechtsanwalt Niyan Yussuf empfängt uns in einer winzigen Ein-Raum-Kanzlei und erzählt uns die Geschichte des großen Sterbens vor den Toren Europas. 1992 führten die EU-Staaten mit dem Vertrag von Schengen ein gemeinsames Grenzregime ein. Bis dahin war der Schiffsverkehr zwischen den afrikanischen und europäischen Küsten frei. Auch ungelernete Arbeiter aus dem frankophonen Senegal und aus Mali konnten in Frankreich und Spanien ein Auskommen finden. Dann dichtete Europa die Straße von Gibraltar ab, die Tragödie nahm ihren unerbittlichen Lauf. Im Oktober 2005 folgte der vergebliche Ansturm auf die Zäune um die spanischen Enklaven. Danach war nichts mehr so wie vorher. Auch nicht am Cap Blanc von Nouadhibou. Neue Passagen nach Europa mussten gefunden werden. „Wenige Wochen nach dem Sturm auf Ceuta und Melilla“, sagt Niyan Yussuf, „schrie jemand in ein Mobiltelefon: ‚Wir haben es geschafft!‘ Der Anruf kam aus Teneriffa und elektrisierte alle. Das erste Boot aus Nouadhibou hatte mit 40 Flüchtlingen den Strand der Kanareninsel erreicht.“

Nothilfe für die Illegalen

Die Nachricht löste einen Sog aus. Zu Anfang starteten die Pirogen direkt im Fischereihafen. Erst täglich, später wöchentlich, mit 50, 60, manchmal bis zu 100 Personen, alle in Richtung Kanaren. Dann wurden am Cap Blanc die ersten Toten angeschwemmt. Überall entlang der Küste fanden sich aufgedunsene und angefressene

Leiber, ohne Namen, ohne Papiere. Dann begann die „Rückführung“ der Lebenden und die konzertierte Aktion „Cabo Blanco“. Seitdem patrouillieren europäische Schnellboote vor der Küste, um die Boatpeople noch vor den internationalen Gewässern abzufangen. An Bord: spanische Einsatzkräfte und mauretanische Polizisten. Ihr Ausgangshafen: Nouadhibou.

Das kleine AMDH-Team versucht das Schicksal der Abgeschobenen und der Wartenden abzumildern. Dazu gehören regelmäßige Besuche im nahen Internierungslager, das die Leute hier „Guantánamo“ nennen, Inspektionen von Polizeiwachen und Verhandlungen mit dem Gouverneur. Etwa wenn Frauen einfach an der Landes-

Die Straßen und die nomadischen Kulturen sind die Universitäten der Migration

grenze ausgesetzt werden, weil die bei ihnen gefundenen Verhütungsmittel als Beweis für Prostitution gelten. Die ist in Mauretanien verboten und deshalb sofortiger Abschiebegrund. Auch der Rassismus gegenüber allen mit schwarzer Hautfarbe nimmt zu, seitdem systematisch Jagd auf Migrationswillige gemacht wird. Zu Niyan Yussuf kommen aber auch verzweifelte Mütter auf der Suche nach ihren verschollenen Söhnen. Die Menschenrechtler kooperieren dabei, im muslimischen Mauretanien eher ungewöhnlich, mit der katholischen Mission des Ortes, wo nicht nur christliche Flüchtlinge aus dem südlicheren Afrika Trost und Beistand finden. Die AMDH fand erst 2006 offizielle Anerkennung und finanziert sich bisher ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen, da sie staatliche Zuwendungen ablehnt, um ihre Unabhängigkeit zu wahren. Weil selbst die Zentrale in Nouakchott keinen Internetanschluss hat, müssen die Menschenrechtsaktivisten für jede E-Mail ein „Cybercafé“ besuchen. Das wenigstens wollen wir ändern.

Leben im Transit

Nachts versinkt Nouadhibou in Dunkelheit. Nur wenige Laternen beleuchten die Straßen. Da, wo der Teer aufhört, wo die sandigen Gassen beginnen, wo der Abfall in Jauchegruben verschim-

melt, verläuft das Leben der *clandestins*. Auffällig viele junge Männer stehen an den Ecken, unterhalten sich oder gehen auf und ab. Koloniale Sprachfetzen sind zu hören: Weiche portugiesische Laute: ein Mann aus Guinea-Bissau. Englische Sätze: ein Gambier vielleicht, ein Ghanaer oder ein Nigerianer. Auch wenn die Migranten keine formale Schulausbildung haben, verfügen viele über polyglotte Fähigkeiten, die den europäischen Beobachter nur noch blasser erscheinen lassen. Die Universitäten der Migration sind die Straßen, die nomadischen Kulturen, der allgegenwärtige Transit. Tatsächlich entsprechen die *clandestins* und *harragas* dem Idealtypus des durchgängig flexibilisierten Arbeiters der neuen, globalisierten Arbeitsmärkte: Die Männer und Frauen sind jung, vermögen sich fast jeder neuen Situation anzupassen, sind zu jeder ungeschützten Beschäftigung bereit und sprechen im Regelfall zwei bis drei Sprachen. Auch mit dem Internet

kennen sie sich aus. Spezielle Webseiten informieren über den aktuellen Wellengang und die Winde: „ab zwei Metern wird es gefährlich.“ Und über die durchschnittlichen Tarife: „je nachdem, ob das Boot aus Holz oder aus Stahl ist, ob es einen GPS-Empfänger hat oder nicht.“ Es gibt Tipps über die Vor- und Nachteile verschiedener „Reisepakete“ nach Europa: per Piroge („le pack D-Day“), durch Heirat („Erfolgsquote 100%“), als Homosexueller („im Senegal erfolgt, möglicher Asylgrund in Frankreich“) oder mit gefälschtem Visum („Vorsicht am Zielflughafen!“).

Erlebnisse aus der Vorhölle

Wir treffen Cheik Diallo, einen 32-jährigen Mann, der es in Nouadhibou zu lokaler Berühmtheit gebracht hat. Cheik Diallo war nach eigenen Angaben der erste Mauretanier, der eine Piroge auf die Kanarischen Inseln bestieg. Er versteht sich als Komödiant, hat seine Erfahrungen auf den Booten bereits zu Sketchen verarbeitet und mit anderen Boatpeople im spanischen Konsulat aufgeführt. Seinen Lebensunterhalt verdient er in einer privaten Sicherheitsfirma. Er bewacht von 6 Uhr morgens bis zum Abend und dann wieder von Mitternacht bis 4 Uhr früh Privathäuser und Geschäftsgebäude. Sein Monatsgehalt beträgt 45.000 Ouguiya, umgerechnet nur 130 Euro.



Amadou M'Bow, Generalsekretär der AMDH

„Zweimal war ich bereits auf den Pirogen“, beginnt er seine Geschichte, die in einem Horrortrip mündet. „Beim ersten Mal war ich 20 Tage auf See, obwohl die Überfahrt auf die Kanaren eigentlich nur vier bis fünf Tage dauert.“ Doch die Schlepper hatten sie betrogen: „Nur zwei der für die Überfahrt notwendigen Kanister enthielten Benzin. Der Rest war voll Meerwasser. Nach kurzer Zeit fiel der Motor aus und wir dümpelten auf der offenen See.“ Sie waren dreißig, keiner kannte den anderen. „Auf den Booten gibt es keine Solidarität. Gefährlich wird es, wenn die Nacht kommt. Man darf nicht schlafen, weil du nicht weißt, wer neben dir sitzt. Du kannst über Bord geworfen werden oder jemand stiehlt dein Wasser.“ Als das Benzin verbraucht war, begann die Hölle: „Wir ruderten 20 Tage mit unseren Händen und verloren jegliche Orientierung.“ Dazu das Salzwasser: „Meine Fußgelenke und Hände platzten auf, am ganzen Körper bildeten sich faustgroße Blasen.“ Nachts froren sie in der Dunkelheit, tagsüber brannte die Sonne. Die spanische Küstenwache rettete sie schließlich vor dem sicheren Tod. Als er zurück nach Nouadhibou gebracht wurde, sei er ein Zombie gewesen: „Ich zitterte 15 Tage lang vor Kälte und konnte das Bett nicht verlassen.“ Wenige Monate später versuchte er es ein zweites Mal. Diesmal war er vorsichtiger und überprüfte alle Benzinkanister. Als er zum Anlegeplatz kam, saßen über 80 Leute dicht gedrängt in einer Piroge. Diallo verzichtete.

Ob er es noch mal versuchen wolle? Seine prompte Antwort, ohne Pathos: „Diallo fürchtet nicht den Tod, sondern nur ein trostloses Leben.“

Im alten Herz des Kolonialismus

Amadou M'Bow hat wenig übrig für den Menschenhandel auf den Pirogen. Bitter spricht er vom „neuen afrikanischen Sklavenexport, den Europa nicht verdient hat.“ Gemeinsam reisen wir mit dem *taxi brousse*, dem Buschtaxi, in den Süden Mauretaniens und von dort in den Senegal. Hinter den letzten Ausläufern der Sahara nimmt die Vegetation zu, stehen riesige Baobab-Bäume in der hügeligen Landschaft. Das afrikanische Buschland beginnt und die Bevölkerung gehört den subsaharischen Ethnien der Peul, Soninké und der Wolof an.

Nach drei Stunden Fahrt erreichen wir Rosso, Grenzstadt am Senegal-Fluss. Auf Fähren und Pirogen kommen Leute an, die auf der anderen Seite leben und hier arbeiten. Es kommen aber auch die, die den ganzen Senegal durchquert haben, um weiter in den Norden zu ziehen. Allmorgendlich 2.000 Menschen, darunter viele Frauen, die tagsüber als illegale Prostituierte arbeiten. Die Grenzkontrollen sind noch immer lückenhaft, doch fallen die kleinen modernen Handscanner auf, mit denen die Beamten an dem verwitterten Eingangstor zum Hafengelände die Ein- und Ausreisenden registrieren. Später, bei einem Besuch der internationalen Organisation für Migration (IOM) in Dakar, erfahren wir, dass die Scanner zu einem Pilotprojekt aus EU-Mitteln gehören, in dem die IOM versucht, Daten über die Bewegung der Migranten entlang der westafrikanischen Landesgrenzen zu sammeln.

Unsere Reise führt weiter in den Süden, nach Saint-Louis. Die Silhouette der Stadt, Zentrum des alten französischen Kolonialismus, wirkt surreal: Ein bröckelndes, afrikanisches Venedig über der Mündung des Senegal-Flusses, auf einer Insel zwischen dem Festland und einer vorgelagerten Halbinsel gelegen, hinter der sich der Atlantik öffnet. Man fährt über eine fünfhundert Meter lange Brücke mit stählernen Rundbögen und Pontons, die Gustave Eiffel baute. In den verwitterten Parkanlagen flanieren weiße Frauen

Hand in Hand mit deutlich jüngeren Schwarzafrikanern. Moustapha, Abdouleye und Adrame, drei junge Männer von der *Association Aidez les Pêcheurs*, bringen uns auf die von Fischern behohnte Landzunge Langue de Barbarie. Hier beginnt eine andere Welt, in die sich Touristen höchstens verirren. Die Lagune riecht nach Kloake und Fischabfällen, Schafe und Ziegen laufen umher. Ein Arbeiter schneidet mit einer altertümlichen Sichel Stroh zu, das in Säcken als Tierfutter verkauft wird.

Unsere Begleiter sind Fischer, arbeiten in der informellen Ökonomie, zahlen keine Steuern, sind nicht gewerkschaftlich organisiert, haben keine Lobby. Auch deshalb wurden sie *clandestins* und haben mehrmals versucht, auf die Kanaren zu kommen. Stets griff man sie auf, stieß sie zurück in ein Leben, das sie hinter sich lassen wollten. Nach zwei, drei vergeblichen

Fluchtversuchen gründeten sie ihren Verein: „Rettet die Fischer!“ So versuchen sie dem „tödlichen Kreislauf der Piroge“ zu entkommen: „Wir haben den Mut, aber uns fehlen die Mittel“, erklärt Moustapha. „Natürlich werden wir wieder gehen, aber nur in besseren Booten und auf sicheren Routen.“ Solange diese Bedingungen nicht gegeben sind, arbeiten sie weiter im traditionellen Fischfang. Doch der reicht kaum zum Überleben. Früher kehrten sie nach drei Tagen auf See zurück, heute bleiben die Boote bis zu einer Woche draußen, um dann doch nur mit wenigen Kilo Fisch anzulanden. Adrame, der gelernte Bootsmann ist, träumt von einem Job auf den Fischtrawlern vor der Küste, die die EU-Staaten dem Senegal in Abkommen über quotierte Arbeitsmigration zugestanden haben. Das wäre eine Perspektive. Ob sie jemanden kennen würden, der dort arbeite? „Nein, aus unserem Quartier hat das keiner geschafft.“

Der nachdenkliche Regulator

Die IOM verfügt über ein Netzwerk von 320

Büros in 100 Ländern. Die im supranationalen Auftrag agierende und auch von der EU finanzierte Organisation hat sich „der Steuerung der Migrationsprozesse“ verschrieben – „zum Wohle aller“, wie ihre Webseite betont. Besonders in Westafrika führt die IOM einen zähen Kampf gegen die „illegale Migration“ – ein Begriff, den Amadou M'Bow als „falsche Problemstellung“ kritisiert. Laurent de Boeck, Vertreter der IOM in Dakar, ist ein freundlicher, grauhaariger Belgier. Er



„1.300 km nordwestlich liegen die Kanaren.“ Mustapha und Adrame, Fischer in Saint-Louis, würden wieder starten

berichtet, wie die IOM nicht nur die mauretische Grenzkontrolle mit Scannern ermöglicht, sondern auch versucht, den in enger Kooperation mit den Regierungsbehörden zurückgeführten Senegalesen mit kleinen Krediten einen neuen Start zu ermöglichen. Angesichts des geringen Umfangs eine Geschichte des Scheiterns. Begonnen haben sie mit 100 Kleinkredit-Projekten unter 5.000 Euro. Auf die Zusammenstellung der Listen mit Zigtausenden von Bedürftigen haben sie keinen Einfluss. „Es ist nur ein kleiner Anfang“, sagt der IOM-Vertreter entschuldigend, „aber hier gelten die senegalesischen Regeln.“ Unter die „Verträge zur zirkulären Migration“ fallen auch die Arbeitsplätze auf den Schiffskuttern, von denen die jungen Fischer aus Saint-Louis träumen. 1.000 Arbeitsplätze seien zwischen der EU und dem Senegal vereinbart, aufgeschlüsselt nach Fähigkeiten und Ausbildungsgrad. Und wieder: „Einfluss auf die Bewerbungsliste haben wir nicht. Ich habe Leute mit Verträgen gesehen, die nie zuvor einen Fisch in der Hand hatten. Die

wenigen legalen Arbeitsvermittlungen versickern im Klientelismus der einflussreichen Familien und der allgegenwärtigen islamischen Mouridern Bruderschaften.“

„Die jungen Leute haben jedes Vertrauen in den Staat verloren“, resümiert der IOM-Vertreter. Seit Jahren schon liegt die Jugendarbeitslosigkeit in den Städten über 40%, und auf dem Land herrschen nach der Schockprivatisierung der Erdnussplantagen chaotische Zustände. Die aktuelle Regierung von Abdoulaye Wade privatisiert in rascher Folge sämtliche öffentlichen Güter. Die Fischereirechte an der Küste? Korea bekam den Zuschlag, weil Wade sich so noch über die minimalen Schutzbestimmungen für die traditionelle Küstenfischerei hinwegsetzen konnte, auf denen der europäische Bieter bestand. Die in Bau befindliche Stadtautobahn von Dakar betreibt ein Investor aus den Golfstaaten. Der Flughafen, die industriellen Hafenanlagen, die Trinkwasserversorgung, die Telefongesellschaft: verkauft zu undurchsichtigen Konditionen. „Durch die Ölverbrennung ist jede Kilowattstunde trotz öffentlicher Bezuschussung bereits teurer als in Europa. Und der IWF verlangt jetzt den staatlichen Subventionsverzicht – das bedeutet eine weitere Preissteigerung um 50%.“ Der Migrationsmanager klingt jetzt fast wie ein linker Globalisierungsgegner.

Barça ou Barsaax!

Dass Hoffnungslosigkeit auch in Trotz und Verweigerung umschlagen kann, erfahren wir in dem kleinen Fischerdorf Hann am Rande von Dakar. Wir treffen Aktivisten der *Association des Repatriés et Rescapés et Familles Affectées*, der Vereinigung der Repatrierten, der Überlebenden und betroffener Familien. Die jungen Männer sind allesamt Deportierte. Wir kommen nur zögerlich ins Gespräch. Ihren Gesichtern ist anzumerken, dass sie es leid sind, europäischen Journalisten oder NGOs ihre Lebensgeschichten zu erzählen. Dann platzt es aus einem von ihnen heraus: „Es ist doch alles völlig verrückt hier. Mittlerweile ist ein Flug von

Dakar nach Paris mit 300 Euro nur noch halb so teuer wie ein Platz auf der Piroge aus Hann.“ Mody Dia ist der Vorsitzende der Gruppe, er ist Informatiker. Er erzählt von ihren Versammlungen mit über 600 Mitgliedern, die sich zur Beratung auf dem Dorfplatz treffen, um über Alternativen zur Emigration zu beraten. Vergeblich haben sie sich an staatliche Stellen gewandt. Sozialpolitik? „So was gibt's hier nicht.“ Der Minister für Jugend und Arbeit? „Kümmert sich nur um seine Parteifreunde.“ Und

Europa hat den neuen afrikanischen Sklavenhandel nicht verdient

nach all dem Gerede kämen sie doch nur wieder auf das eine: „Barça ou Barsaax – Barcelona oder sterben!“ Die Jungs taxieren uns kritisch, ein Foto verweigern sie. „Man hat uns schon so oft fotografiert, das ändert an unserer Situation nichts“, sagt Mody Dia beim Abschied und lässt uns seine Wut spüren.

Europa verdient dieses Opfer nicht

Die Anzahl der Nichtregierungsorganisationen füllt im Telefonbuch von Dakar mehrere Seiten. Einige versuchen erste Antworten auf die stete Flucht zu finden. Die Radiokampagne *Tukki Tak-hul Tekki* („Eure Wünsche werden nicht erfüllt“) will mit kleinen Jingles alle jene erreichen, die auf dem Weg in die Boote sind. Aber ob dies reicht, um die Perspektivlosigkeit aufzubrechen? Die Solidarität beginnt erst nach dem Scheitern. Amadou M'Bow bleibt Realist: „Wir haben nicht das Recht, sie aufzuhalten. Aber wir müssen ihnen sagen, was sie auf dem Meer und in Europa erwartet. Europa verdient dieses Opfer nicht.“ In der Sprache der Wolof heißt der Senegal *Sunu gal*, zu deutsch: „unsere Piroge“.

Martin Glasenapp

Projektstichwort

Die Flucht aus dem subsaharischen Afrika an die Ränder Europas ist die individualisierte Reaktion auf die kollektiven Katastrophen, die aus ungleicher Globalisierung und brutaler Ausgrenzung resultieren. *medico* wird die engagierten westafrikanischen Menschenrechtler und Betroffeneninitiativen darin unterstützen, gemeinsame Antworten zu suchen.

Aus Konfliktdiamanten werden Diamantenkonflikte

medico kritisiert Kimberley-Prozess

Mitte Oktober tagten die Mitgliedstaaten des Kimberley-Prozesses zur Bekämpfung des Handels mit Konfliktdiamanten in Brüssel, um über die bisherigen Fortschritte des Prozesses zu beraten. Das „Kimberley Process Certification Scheme“ (KPCS) ist ein Selbstverpflichtungsabkommen, dem mittlerweile 48 Staaten angehören und das das Ziel hat, den Handel mit Konfliktdiamanten einzudämmen. Neben den Diamanten exportierenden und importierenden Ländern arbeiten Diamantenindustrie und NGOs bei Kimberley mit. medico hat den Kimberley-Prozess im Rahmen der Kampagne Fatal Transactions, die 1998 von medico ins Leben gerufen wurde, von Beginn an kritisch begleitet.

In den vergangenen Jahren sind zwar wichtige Erfolge zu verbuchen gewesen, so ist der Handel mit Konfliktdiamanten von vormals 10% auf unter 3% gesunken. Aufgrund der öffentlichen Debatte konnte klargemacht werden, dass es sich bei

Konflikten in Afrika nicht um „Stammeskonflikte“ handelt, sondern dass sie eng mit den Rohstoffinteressen der westlichen Länder verbunden sind. Dennoch sind weitere Regularien zur Überprüfung des Abkommens und Bestrafungsmechanismen für jene, die gegen das Abkommen verstoßen, unabdingbar, um dem Abkommen Substanz zu verleihen. Dies gilt gerade vor dem Hintergrund, dass der Kimberley-Prozess bereits als Vorbild für die Zertifizierung weiterer Ressourcen gehandelt wird. medico international und Fatal Transactions wiesen während der Konferenz öffentlich darauf hin.

medico kritisierte darüber hinaus, dass die Produktionsbedingungen in der Diamantenindustrie im Kimberley-Prozess gar nicht thematisiert werden. In Ländern wie Sierra Leone und Angola, die sich nicht mehr im Krieg befinden und daher per definitionem von Kimberley keine Konfliktdiamanten mehr handeln, sind aus Konfliktdiamanten oftmals Diamantenkonflikte geworden. Dabei

Ihre Spende besser absetzbar

Ein neues Gesetz verabschiedet

Ab 1. Januar 2007 gelten rückwirkend erheblich günstigere Regelungen für die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden und Zustiftungen. Hier die wichtigsten Änderungen:

Wenn Sie für die Arbeit von medico international spenden, können Sie nun bis zu 20% des Gesamtbetrags Ihrer Jahreseinkünfte steuerlich geltend machen. Bisher waren es nur 5%. Neu ist außerdem, dass für das Finanzamt jetzt für Spenden bis 200 Euro (vorher bis 100 Euro) der Überweisungsbeleg in Kombination mit einer Information über unseren aktuell gültigen Freistellungsbescheid als vereinfachter Nachweis ausreicht. Wir stellen Ihnen aber gerne auch schon für kleinere Beträge ent-

sprechende Spendenbescheinigungen ab einer Spendenhöhe von 50,- Euro aus.

Änderungen für Zustiftungen an die stiftung medico international

Zustiftungen in das Vermögen der stiftung medico international waren bisher in der Höhe von 20.450 Euro jährlich absetzbar. Dieser Betrag ist jetzt auf 1 Million Euro erhöht worden und kann über 10 Jahre verteilt steuerlich abgesetzt werden. Diese steuerlichen Vorteile gelten zusätzlich zu den oben aufgeführten 20% vom Jahreseinkommen, die als Spenden an gemeinnützig anerkannte Organisationen abgesetzt werden können.

sind die sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen beispielsweise in Sierra Leone nur ein Kritikpunkt. In Angola, wo nach neusten Angaben von Partnership Africa Canada die Diamantenproduktion ihren Gewinn auf 165 Millionen USD verdreifacht hat, profitiert die Bevölkerung nicht im geringsten von dem Handel. Im Gegenteil: Der Kimberley-Prozess wird als Waffe gegen die eigene Bevölkerung missbraucht, weil der Besitz von Diamanten unter diesem Vorwand für strafbar erklärt wurde.



Foto: medico

Diamantensucher, Sierra Leone

Kein Patent auf Gesundheit

Unterschriften gegen Nevirapine-Patent an Boehringer übergeben

Mehr als 10.000 Menschen haben Boehringer Ingelheim mit ihrer Unterschrift dazu aufgefordert, den Patentantrag in Indien auf den Nevirapine-Sirup für die Behandlung von HIV-positiven Kindern zurückzunehmen. Die Listen der gesammelten Unterschriften wurden den Konzernvertretern am 1. Dezember, dem jährlichen Welt-AIDS-Tag, auf der traditionellen Veranstaltung der AIDS-Hilfe in der altherwürdigen Frankfurter Paulskirche überreicht. Die Unterschriftenaktion gegen den Patentantrag auf

das AIDS-Medikament ist damit vorerst abgeschlossen. Die Eigendynamik, die diese Aktion entfaltete, war beeindruckend und dürfte ihren Teil dazu beigetragen haben, dass Boehringer de facto auf die Anwendung eventueller Patentrechte in Entwicklungsländern verzichtet.

Offen dagegen ist der grundsätzliche Streit zwischen Nichtregierungsorganisationen und Pharma-Industrie um ein Anreizsystem zur Entwicklung neuer Medikamente für die armen Bevölkerungsschichten jenseits von Patenten. In Genf tagte im November die „Intergovernmentale Arbeitsgruppe für öffentliche Gesundheit, Innovation und Geistige Eigentumsrechte“. Ziel ist es, der Weltgesundheitsorganisation (WHO) bis Mai 2008 einen Aktionsplan vorzulegen, der Mittel und Wege aufzeigt, der die spezifischen Bedürfnisse der armen Weltbevölkerung berücksichtigt. Eines der Papiere, die zur Diskussion vorlagen, war auch das gemeinsame Positionspapier von medico international, BUKO-Pharmakampagne, Misereor, Brot für die Welt und vielen anderen Organisationen, das auf der Tagung „Patienten, Patente und Profite“ erarbeitet wurde. Auf der Tagung teilte die Pharmaindustrie zwar die Einschätzung, dass das gegenwärtige Anreizsystem in Form von Patenten nicht funktioniere, ließ aber zugleich keinen Zweifel daran, dass es kein Abrücken vom Patentsystem geben werde.

Soweit das neue Gesetz; in der Praxis sind wir sehr dankbar für jede Zustiftung ab 3.000 Euro, denn die Stiftung ist eine Gemeinschaftsstiftung, die von der Unterstützung vieler getragen wird.

Unverändert bleibt, dass eine Zustiftung aus einer Erbschaft oder Schenkung von der Erbschafts-/Schenkungssteuer befreit ist, sofern der gestiftete Betrag innerhalb von zwei Jahren nach Erhalt bei der Stiftung eingeht.

Sollten Sie zu den neuen rechtlichen Regelungen Fragen haben, können Sie sich gern mit uns in Verbindung setzen. Kontakt: Gudrun Kortas, Tel. 069/944 38-28 oder kortas@medico.de

Land der vielen Grenzen

Israel wiegt sich in Sicherheit, während die Mauern und Checkpoints die Palästinenser vor allen Dingen voneinander trennen: Über das Dilemma und die Möglichkeiten einer gesundheitlichen und zivilgesellschaftlichen Arbeit in einem aufgeladenen Konflikt. Von Tsafrir Cohen



Das neue israelische Sicherheitsgefühl spürt man gleich bei der Ankunft am Flughafen. Früher musste man Fragen über Fragen über sich ergehen lassen, jetzt kommt man fast ungehindert ins Land. Im Zentrum Tel Avivs erleben die Restaurants, die nach Ausbruch der zweiten Intifada schwere Zeiten durchmachen mussten, eine neue Blüte. Die Geschäftsleute bestellen wieder Mineral- statt Leitungswasser. Der High-Tech-Bereich und der Export laufen auf Hochtouren. Menschen nutzen wieder öffentliche Verkehrsmittel, füllen die Cafés und schauen nicht ängstlich nach verdächtigen Gesichtern oder herrenlosen Tüten. Insgesamt ist die Angst aus den Straßen gewichen. Die israelische Trennungspolitik wird allseits gelobt als eine erfolgreiche Strategie im Kampf gegen den Terror und als einzig möglichen Weg zur Lösung des Konflikts.

Szenenwechsel. Das Zehntausendseelendorf Bait Furiq östlich von Nablus liegt hübsch an den nördlichen Hügeln der Westbank. Kaum ein Geschäft hat dort geöffnet, in der Toilette des Rat-

hauses gibt es nicht einmal Klopapier. Wir sind dort mit einer gemeinsamen mobilen Klinik der medico-Partner *Physicians for Human Rights - Israel* (PHR) und der *Palestinian Medical Relief Society* (PMRS). Ein kleiner Junge lädt mich zu sich nach Hause ein. Das Haus ist schon lange ein Rohbau; die Wände sind nicht verputzt und dort, wo ein Balkon sein sollte, fehlt einfach die Wand. Die Mittagssonne scheint hinein durchs gähnende Loch auf die einzigen Möbel, zwei abgewetzte Matratzen. Auf der einen liegt der von schwerer Bauarbeit in Israel gezeichnete, fiebernde Vater. Aus dem dunklen Nebenzimmer erscheint die pubertierende Tochter, die mich mit Kaffee und Wasser bewirten möchte, obwohl Ramadan ist. Sie ist von Schmerzen ausgezehrt, seit zwei Wochen schon hat sie Zahnschmerzen. Leider ist heute kein Zahnarzt dabei, und das Mädchen erhält nur Schmerzmittel.

Kein Weg von Bait Furiq nach Nablus

Bait Furiq erhielt seine Gesundheitsversorgung in der regionalen Kapitale Nablus, doch obwohl beide Orte hinter der Mauer tief im palästinensi-



schen Gebiet liegen, sind alle Straßen nach und von Nablus mit Checkpoints versehen, und kaum jemand darf rein oder raus. Der Zugang zu den Jerusalemer Krankenhäusern, die das Rückgrat der palästinensischen Gesundheitsversorgung darstellen, ist weitgehend gekappt und nur mit Sondergenehmigungen möglich.

Für die Palästinenser bedeutet die israelische Politik nicht nur eine Trennung von Israel, sondern von der Außenwelt und vor allem voneinander. Hunderte Checkpoints überall in den besetzten Gebieten, die Trennung zwischen dem Gazastreifen und der Westbank, zwischen Ostjerusa-

lem und dem Rest, zwischen dem Süden der Westbank und ihrem Norden, und die Kappung fast aller Kontakte zum Ausland haben verheerende Folgen in allen Lebensbereichen: Nicht nur der Im- und Export, sondern einfachste wirtschaftliche Tätigkeiten werden verhindert, wodurch die palästinensische Wirtschaft in den letzten Jahren um mehr als die Hälfte schrumpfte. Mindestens 60% der Bevölkerung lebt unter der absoluten Armutsgrenze von 2 US-Dollar am Tag.

Auch der gesellschaftliche Zusammenhalt ist davon betroffen: Ich frage eine Krankenschwester, wann sie zuletzt Jerusalem oder Ramallah besucht hätte. Jahre sei es her. Nach Jerusalem dürfe sie nicht, ihre Freundinnen dort hätte sie fast schon aus den Augen verloren, und sie scheue sich vor möglichen Demütigungen einer beschwerlichen Reise in andere Städte. Abgesehen davon, was solle sie dort, schließlich würden nur noch die Älteren in ihrer Familie Menschen dort kennen. Sie sei erst fünfundzwanzig und kenne Leute nur aus der Umgebung. Die

Besatzung hat ihr Ziel erreicht: Die wenigen Zehntausende, die in dieser Region wohnen, erleben nicht einmal einen gemeinsamen Alltag mit Palästinensern, die nur einige Kilometer entfernt wohnen.

Je enger das israelische Netz aus Zäunen und Übergängen ist, desto leichter wird es, nicht nur die klassischen Opfer geheimpolizeilicher Erpressung, etwa Homosexuelle und Drogenabhängige, zur Zusammenarbeit zu zwingen: Das Wort, das ich am häufigsten vernehme, ist *tasrih* (arabisch für Genehmigung). Patienten, Bauarbeiter, Studenten, Krankenschwestern, führende Politiker, alte Frauen – alle benötigen sie einen *tasrih*. Die *Physicians for Human Rights* verzweifeln daran, dass ihre Bemühungen, schwer kranken Patienten eine Behandlung außerhalb ihrer Enklave zu ermöglichen, dazu führen, dass Patienten und Verwandte – um die Genehmigung für den Transport zu erhalten – zur Spitzeltätigkeit gezwungen werden.

Bait Furiq leidet nicht nur unter der Isolation: Die israelische Administration verhindert jegliche Entwicklung, etwa den Bau eines Wasserturms,

Die Mauer ist keine Außengrenze, sondern täuscht Getrenntheit nur vor

und sie enteignet mehr und mehr Äcker der hiesigen Bauern für die israelischen Siedler. Die israelische Siedlungspolitik hält also nicht am Mauerverlauf fest, auch auf der östlichen Seite werden Siedlungen weitergebaut, nagelneue Straßen mit immensem Aufwand errichtet, die das gesamte Land immer engermaschiger von Ost nach West an die großen Nord-Süd-Achsen binden. Ein näheres Hinschauen auf die Infrastrukturmaßnahmen lässt keinen Zweifel daran, dass es sich hier um ein System handelt, das auf die Vereinnahmung von möglichst viel Land und die Verdrängung der lokalen Bevölkerung hinausläuft.

Die Mauer, wie sie heute faktisch steht, wurde den Israelis und der Welt als eine Sicherheitsbarriere verkauft, doch sie ist vor allem Resultat

zweier Überlegungen: Einerseits hat die israelische Mehrheit und Politikklasse aus Angst vor der „demographischen Bombe“, sprich vor der Möglichkeit, eine erneute arabische Mehrheit im Land zu haben, den Traum eines Großisrael aufgegeben. Andererseits hieße die Aufteilung des Landes in zwei lebensfähige Staaten schmerzhaft Kompromisse und internen Konflikt; ein unabhängiges Palästina weckt nach wie vor große Befürchtungen.

Die Mauer löst vordergründig dieses Problem. Einerseits wird damit den Israelis und der Weltgemeinschaft eine Grenze vorgetäuscht, sodass sich Israel jedweder Verantwortung für die Zustände jenseits der Mauer entziehen kann; andererseits behält Israel dort die absolute Kontrolle

Unsere Hilfe ist nötig. Doch sie entlässt den israelischen Staat aus seiner Verantwortung für die von ihm kontrollierten Gebiete

und kann seine Verdrängungspolitik gegenüber den Palästinensern weiterverfolgen. So entsteht ein immer perfekter ausgefülltes administratives System von Trennen und Herrschen, das die Palästinenser isoliert, demütigt und schwächt, ohne dass Israel die Kritik der Weltgemeinschaft fürchten muss. Die Mauer ist also keine Außen- grenze, sondern eine interne Barriere, die Getrenntheit vortäuscht, in Wahrheit aber fortschreitende Ungleichheit, Besatzung und Annexion rechtfertigt.

Angesichts der Gefahr eines Zusammenbruchs der palästinensischen Gesellschaft ermöglicht medico mit einem von der EU finanzierten und gemeinsam mit dem palästinensischen Partner *PMRS* (*Palestinian Medical Relief Society*) durchgeführten Projekt einen provisorischen Zugang zu Gesundheit. Dabei geht es auch darum, unter diesen schwierigen Umständen ein möglichst würdevolles Leben zu gewährleisten.

Unsere israelischen und palästinensischen Partner sind sich einig, dass wir so die Folgen der Trennungspolitik zwar mildern, nicht aber deren Ursachen bekämpfen. Unsere Hilfe ist nötig.

Doch sie entlässt den israelischen Staat aus seiner Verantwortung für die von ihm nur scheinbar getrennten, in Wahrheit aber von ihm kontrollierten Gebiete.

Dieses Dilemma führt zur zweiten Strategie von medico und seinen Partnern. In einem Land der vielen Grenzen zielen unsere Spendenprojekte auf den Erhalt und die Erweiterung von Spielräumen, die auf die sich vertiefenden Ausgrenzungen in den besetzten Gebieten aufmerksam machen und jenseits von ihnen Nischen von Solidarität ermöglichen.

Auf palästinensischer Seite heißt es, angesichts immer engerer Räume zwischen sichtbaren und unsichtbaren Mauern, die für das Fortbestehen einer palästinensischen Zivilgesellschaft unabdingbaren NGOs wie den medico-Partner *PMRS* zu unterstützen, damit internes Misstrauen, Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit nicht zu Hass und (Selbst-)Destruction führen, sondern gewaltfreie Aktionsformen entwickelt werden können und demokratisch und emanzipatorisch nach innen wirken. Der Besuch der mobilen Klinik in Bait Furiq fand im Rahmen eines israelisch-palästinensischen Projektes statt, das nicht nur konkrete medizinische Hilfe anbietet, sondern auch der von oben angeordneten Isolierung der beiden Gesellschaften gemeinsame, symbolische Aktionen palästinensisch-israelischer Solidarität entgegenstellt.

Besatzungsvergessene Öffentlichkeit

In Israel bemühen sich die *PHR-Israel* darum, krebskranke Kinder für Behandlungen aus dem Gazastreifen herauszuholen. Diese konkrete Aktion ist mit einer öffentlichen Kampagne verbunden, die der besatzungsvergessenen israelischen Öffentlichkeit darlegt, dass die Besatzung nach wie vor existiert und dass sie keinesfalls mit Israels humanem Selbstbild übereinstimmen kann. Die Folgen der Trennungspolitik halten nicht am Mauerverlauf ein: Deren vordergründiger Erfolg fördert eine ähnliche Vorgehensweise auch in Israel und wirft das Land in Fragen der Menschen- und besonders der Minderheitenrechte um Jahrzehnte zurück, sagen die *PHR-*

Liebe Freundinnen und Freunde von medico international,



als ich Israel Mitte der 80er-Jahre Richtung Westberlin verlassen hatte, glaubte ich, dem israelisch-palästinensischen Konflikt, dessen verhärteten Fronten und den verheerenden Auswirkungen auf die hiesigen Gesellschaften entfliehen zu können. Ich blieb zwar der Region verbunden, engagierte mich im Kulturaustausch zwischen der Bundesrepublik und der Region und besuchte sie regelmäßig auch als Journalist; und mit der ersten Intifada und dem daraus resultierenden Osloer Prozess wuchs in mir – wie bei vielen anderen – die Hoffnung auf einen neuen Nahen Osten. Wie wir alle wissen, haben sich die Hoffnungen kaum erfüllt. Die so genannte „zweite Intifada“ ist ein Ausdruck hiervon. Doch mit den Anschlägen vom 11. September und den Reaktionen hierauf änderte sich auch die Weltlage, und der Krieg der Kulturen erreichte auch eine ansonsten durchaus kritische Öffentlichkeit. Ich lernte, dass diesem Konflikt auch im fernen Europa nicht zu entkommen ist, und bereiste die nahöstliche Region erneut, diesmal als Student der Islamwissenschaft.

Als ich im Jahr 2002 den vielbeachteten medico-Aufruf Zeichen paradoxer Hoffnung zur Einrichtung eines Solidarfonds für zivilgesellschaftliche Initiativen in Israel und Palästina mitunterschrieb, waren wir alle von den Gräueltaten während der zweiten Intifada aufgerüttelt. Heute, fünf Jahre später, scheint es ruhig geworden um die Region. Meine ersten Wochen als neuer medico-Repräsentant in Israel und Palästina aber verdeutlichten mir, dass kaum von Deeskalation die Rede sein kann. Die allgegenwärtige Lage nimmt nur andere, für Titelgeschichten weniger geeignete Formen an.

In dieser Situation hat sich medico für ein Büro vor Ort entschieden: zur intensiven Koordination der Projekte, aber auch um mit Ihnen, unseren Spenderinnen und Spendern, in einen neuen, unmittelbaren Dialog einzutreten. Ich werde ab dem 1. Dezember 2007 in einer fortlaufenden Kolumne auf der medico-Internetseite über unsere Arbeit und über die Situation vor Ort berichten. Die Hoffnung ist, dass ein solcher „Blog“ einen differenzierten, direkten Blick auf die Region vermittelt. Wir möchten Ihnen damit Handlungsmöglichkeiten von Solidarität aufzeigen und dabei behilflich sein, auch in Deutschland – jenseits aller vorgeblichen Kulturkämpfe – das Bild dieser komplexen und zugleich so fragmentierten Gesellschaften nachzuzeichnen. Wir planen darüber hinaus für das kommende Jahr 2008 kulturpolitische Veranstaltungen mit unseren israelischen und palästinensischen Partnern. Wir zählen dabei auf Ihre Mithilfe und Spende.

Ihr Tsafir Cohen
medico-Repräsentant
in Israel und Palästina

Israel, die eine offene Klinik im Süden Tel Avivs betreiben. In diesem Elendsviertel südeuropäischen Zuschnitts leben viele der Ausgegrenzten: Flüchtlinge aus dem Sudan, Ehefrauen von israelischen Palästinensern, die sich seit Einführung eines neuen Gesetzes in der Illegalität wieder fanden, ‚Gastarbeiter‘ aus den Philippinen oder China mit unklarem legalen Status. Die neoliberale Politik der letzten Jahre hat dazu geführt, dass gerade die Ärmsten und Ausgegrenzten immer weniger Zugang zu Gesundheitsdiensten erhalten. Hier

werden sie behandelt, und die ehrenamtlichen Ärzte versuchen, den Patienten an ihren eigenen Kliniken und Krankenhäusern Termine für Operationen zu organisieren.

Projektstichwort

In Israel und Palästina ist politisches, emanzipatorisches Engagement weiter notwendig. Gerade jetzt, wo die Spielräume der medico-Projekte immer kleiner werden und sich in Gaza mit europäischer Billigung eine Politik verbrannter Erde vollzieht, benötigen die mutigen Ärzte, Krankenschwestern und Menschenrechtsaktivisten unserer Partner solidarischen Beistand. Damit die Möglichkeit einer paradoxen Hoffnung nicht versiegt, bittet medico um Ihre Spenden und kritische Anteilnahme.

Spendeninformation

Adressänderung Bitte geben Sie bei Änderungen Ihrer Anschrift auch Ihre alte Adresse und/oder die Spendennummer an. So ermöglichen Sie es uns, Sie zu „finden“, und helfen zugleich mit, Verwaltungskosten zu sparen.

Einmalige Spende Für Spenden ab 50 € schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zu. Für alle Spenden unter diesem Betrag empfehlen wir Ihnen Ihrem Finanzamt eine Kopie Ihres Kontoauszugs zusammen mit einem Abriss eines medico-Überweisungsformulars einzureichen. Auf der Rückseite des Abrisses befinden sich Informationen zum Freistellungsbescheid. Selbstverständlich stellen wir Ihnen auch für Spenden unter 50 € auf Anfrage eine Spendenbescheinigung aus. Wenn Sie mehr als einmal im Jahr spenden, schicken wir Ihnen keine Einzelquittung, sondern gerne zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Fördermitgliedschaft Die Fördermitgliedschaft bei medico sieht keine Projektbindung vor. Vielmehr unterstützen Sie damit unsere gesamte Projekt- und unsere unabhängige Öffentlichkeitsarbeit. Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen es uns, langfristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen, aber auch flexibel zu reagieren, wenn akute Hilfe notwendig ist. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei mindestens 120 €. Das wäre z.B. der relativ kleine Betrag von 10 € monatlich. Für Leute mit wenig Geld (Auszubildende, Erwerbslose, Studierende) beträgt der jährliche Förderbeitrag 60 €. Für alle regelmäßigen Spenden (Fördermitgliedsbeiträge, Einzugsermächtigungen und Daueraufträge) schicken wir Ihnen jeweils im Januar des darauffolgenden Jahres eine Sammelbestätigung zu, auf der alle Spenden des Jahres aufgeführt sind.

Spendenquittungstelefon: Tel. (069) 944 38-11,
Fax: (069) 944 38-15 oder E-Mail: info@medico.de

Bankverbindung: medico international, Spendenkonto
1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01

Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen! medico international ist gemeinnützig und Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

materialliste

Liebe Leserinnen und Leser, wir können Ihnen hier nur eine Auswahl unserer jüngsten Veröffentlichungen präsentieren, eine Gesamtübersicht können Sie bei uns anfordern oder finden Sie auf unserer Homepage. Zum Nachlesen und Weiterverteilen, für die Bildungsarbeit, zum Auslegen im Laden

medico im Überblick



Jahresbericht 2006

(28 S.) Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.



Broschüre stiftung medico international

(16 S.) Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international, die Ende 2004 gegründet wurde.

medico Rundschreiben

Nummer 02 | 07: ein Palästinenser in Südafrika, Fundraising-Märchen, Sierra Leone, Alternativen zu Patenten, etc.

Nummer 03 | 07: Afghanistan, Simbabwe, Sri Lanka, Etappensieg in Sachen Nevirapine, Jahresbilanz 2006

Aus den Projekten

Faltblatt „Hilfe im Zeichen paradoxer Hoffnung“

Das Engagement von medico international in Israel und Palästina

Darstellung von Projekten, die sich der zunehmenden Verfeindung zwischen Israelis und Palästinensern entgegenstellen. Kann auch in größeren Mengen zum Weiterverteilen bestellt werden.

Faltblatt „Psychosoziale Arbeit in Gewaltkontexten“

In den 1980er Jahren begann medico als eine der ersten Hilfsorganisationen die psychosoziale Dimension von Gesundheit in den Arbeitsansatz zu integrieren. Über die aktuelle Relevanz des Themas gibt das Faltblatt Auskunft. Zum Bestellen.

nebenan. Für Nachfragen stehen wir Ihnen unter der Tel. (069) 944 38-0 gerne zur Verfügung.

Übrigens: Unsere Materialien schicken wir Ihnen kostenlos, es sei denn, ein Preis ist vermerkt.

NEU: Tagungsdokumentation

Was tun? Kritische Kampagnenarbeit in Zeiten der Globalisierung

(58 S.) Mit Beiträgen von: Attac, Brot für die Welt, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Greenpeace, medico international, Netherland Institute on Southern Africa und People's Health Movement. Auch zum Download auf www.medico.de

Materialien zu medico-Kampagnen

Vielfältige Materialien zu unseren aktuellen Kampagnen finden Sie auf www.medico.de: Filme, CD-ROMs, Unterschriftenlisten u.a. Interessiert? Dann rufen Sie uns an unter Tel. 069-944 38-20.

NEU: Ausstellung Landmine

Ausstellung zur Landminenproblematik, der Internationalen Kampagne zum Verbot von Landminen und zur Projektarbeit in betroffenen Regionen. 8 laminierte DIN-A2-Plakate zum Ausleihen (anzusehen auf www.medico.de).

NEU: Film Landmine

DVD: „Anfangs hielt man uns für Träumer“ – Friedensnobelpreis an die Kampagne zum Verbot von Landminen. (DVD 15 Min.). Zum Ausleihen.



Die Saat des Krieges

Landminen: Kampagne und Projekte

(8 S.) Mit Texten zu Streumunition und vielen Aktionsangeboten zum 10-jährigen Jubiläum der Verleihung des Friedensnobelpreises.



Gesundheit ist keine Ware

(4 S.) Argumente gegen das globale Patentregime und für den Zugang aller Menschen zu lebensrettenden Medikamenten.

Ich bestelle:

- Jahresbericht 2006
- Broschüre stiftung medico international
- medico Rundschreiben 02 | 07
- medico Rundschreiben 03 | 07
- Faltblatt Israel / Palästina
- Faltblatt Psychosoziale Arbeit
- Was tun? Kritische Kampagnenarbeit
- Ausstellung Landmine
- Film Landmine
- Die Saat des Krieges
- Gesundheit ist keine Ware

Name:

Straße:

Ort:

Meine Spendernummer:

Ich möchte

- kostenlose Materialien bestellen
- ggn. Rechnung (zzgl. 2 € Versandkosten) bezahlen
- dass der Rechnungsbetrag einmalig für diese Bestellung von meinem Bankkonto abgebucht wird

Kontonummer:

bei der Bank:

BLZ:

Datum:

Unterschrift:

Bitte einsenden an:



medico international e.V.
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main
oder faxen an: (069) 436002



Gegengipfel der Kriegsoffer

Warum die Finanzierung eines Vernetzungstreffens manchmal die beste Hilfe ist

Im Zuge der Präsidentschaftswahlen in Sierra Leone im Herbst dieses Jahres geschah Unerwartetes: Alle Kandidaten versprachen im Wahlkampf den Empfehlungen der Wahrheits- und Versöhnungskommission zu folgen. Die sehen auch die Entschädigung der Kriegsversehrten vor. Bis dato hatten die Politiker diese Empfehlung völlig ignoriert und ein Fonds zur Entschädigung der Kriegsoffer wurde nie eingerichtet. Der medico-Partner in Sierra Leone, der Amputierten-Verband „Amputees and War Wounded Association“, bat uns daher um Unterstützung. Die Selbsthilfeorganisation wollte endlich Versehrte aus allen Landesteilen zusammenrufen, um ihren Forderungen nach Entschädigung mehr Gehör zu verschaffen. Mit Mitteln von medico kamen Versehrte und Amputierte aus allen Landesteilen zu einem Gegengipfel der Kriegsoffer zusammen. Zum ersten Mal konnten sie sich über ihre Situation austauschen. Denn die meisten von ihnen haben keinen Zugang zu Kommunikationsmitteln. Sie erfuhren voneinander, dass Kriegsoffer in den kommunikationstechnisch abgeschnittenen Diamantenregionen von Sierra Leone an Hunger und Krankheit sterben. Reichtum und Armut liegen hier dramatisch nah beieinander. Die Selbsthilfeorganisation beschloss landesweite Demonstrationen durchzuführen, damit endlich ein Entschädigungsfonds eingerichtet wird. Die Bereitschaft internationaler Geber diesen Fonds zu unterstützen ist vorhanden. Auch die Ziele der Aktionen wurden diskutiert: für das Recht auf medizinische Versorgung, auf freie Schulbildung für ihre Kinder und auf freien Transport.

Wenn Hilfe zu einem Recht für alle diejenigen werden soll, die sie benötigen, braucht es eine starke Zivilgesellschaft. Sie können diesen Selbstheilungsprozess unterstützen. Unser Stichwort dafür lautet: medico international.



medico international

medico international – Burgstraße 106 – D-60389 Frankfurt am Main – Tel. (069) 944 38-0
E-Mail: info@medico.de – Internet: www.medico.de